



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 3  
5. Jahrgang

Erscheint monatlich (einmal am 1. und 15. des Monats) durch die „Saar-Freund“-Verlagsanstalt in Saarbrücken. In Sonderfällen erfolgt Zulassung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Konigsplatz 11, 2. St., Fernspr. Anschl. Amt Lühm 1240. - Bezug: 1. Jahrgang monatlich 25 Goldpfennig. - Alle Zahlungen an die Geschäftsstelle Berlin SW. 11, 1. St., oder an die Deutsche Bank, Postkontokasse C, Berlin SW. 47, Belfer-Allianz-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erheben.

1. März  
1924

## Das betrogene Saargebiet.

Von Richard Posselt.

Vor vier Wochen hat das Saargebiet vor aller Welt bekannt, daß es deutsch fühlt und deutsch handelt. Es hat erneut bezeugt, daß Clemenceaus 150.000 Saarfranzosen der gleiche Schwindel sind wie die Richertische „Saarbund“-Parole: „Das Saarland den Saarländern!“ Es hat bewiesen, daß die ganze Saarregelung in dem Versailler Diktat ein infamer Weltbetrug, eine Vergewaltigung von Recht und Freiheit ist. Darüber kann auch keine noch so reichlich finanzierte Propaganda hinwegtäuschen.

Und auch keine Verwaltungskomödie. Denn nachgerade stinken solche Zustände, wie sie sich „im Namen des Völkerbundes“ an der Saar herausgebildet haben, zum Himmel. Die dortigen Regierungsmassnahmen stehen dem Geiste und dem Buchstaben des Saarstatuts diametral gegenüber, diametral vor allem auch dem Bevölkerungswillen, der Wohlfahrt des Landes. Doch niemand kümmert sich um solche Dinge außerhalb des Saargebiets, und der Völkerbund ist weit und selten zu Hause. Er hat auch eine strenge Hausordnung; zu ihm kommt nicht einmal das eigene Kind ohne Beachtung streng durchgeführter Etikette. Will sich das Völkerbundskind z. B. über seinen Schulmeister wegen Mißbrauch der Amtsgewalt beschweren, so hat diese Beschwerde zunächst dieser selbst angeschuldigte Schulmeister entgegenzunehmen.

Dies und außerdem: dem eigenen Kinde glaubt man nicht; man hört darauf, was dieser Schulmeister sagt, der sich wieder Rat bei seiner „Schulaufsicht“ in Paris holt. So kommt's wohl, daß weniger der Wunsch der Bevölkerung an der Saar, als vielmehr die Forderungen des an-negationslüsternen französischen Ländergeizers für das Schicksal des Saargebiets maßgebend bleiben. Auch heute noch.

Im vorigen Jahre trat die deutsche Mark ihren Todeslauf an, und zwar unter den Peitschenhieben der Soldnerhorden an Ruhr und Rhein. Im Saargebiet hatten wohlberechnete Massnahmen der Mark schon längst den Halt genommen, so daß die Saarregierung nach festgelegtem Operationsplan die allgemeine Einführung der Frankenwährung im Saargebiet „begründen“ konnte mit der Behauptung, daß der schwankende Wert der Mark keine ruhige wirtschaftliche Entwicklung auskommen lasse, wodurch Ruhe und Ordnung gestört würden. Notwendig sei daher die Einführung einer stabilen Währung für das Saargebiet, wie sie in dem französischen Franken vertreten sei.

Und der Völkerbundsrat stimmte dem zu, obwohl er wußte, daß eine Aenderung der Währung eine grobe Verletzung der Versailler Bestimmungen darstellte, die als allein gültige gesetzliche Währung die Mark anerkennen, den französischen Franken jedoch lediglich als gebuldetes Zahlungsmittel bestehen lassen. Man setzte sich über diese Vertragsverletzung leichtens hinweg, denn hier deckten sich die Interessen Frankreichs angeblich und scheinbar mit der Wohlfahrt der Bevölkerung.

Ein Jahr später. Die Mark ist stabil, Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse befinden sich in langsamem, aber

stetigem Wiederaufbau. Die Not ist noch groß, aber nicht mehr hoffnungslos. Nun aber hat sich der „stabile“ französische Franken in eine schwankende Währung umgewandelt, die auch von den jüngsten französischen drakonischen Steuermassnahmen nicht gesünder geworden ist. Im Saargebiet weh man das sehr wohl und merkt's täglich an den Warenpreisen. Die Ausgaben werden immer größer, die Einnahmen stets kleiner. Das Saargebiet erlebt abermals schwere wirtschaftliche Erschütterungen, die die Saarregierung vor einem Jahre veranlaßte — nur diese Tatsachen natürlich! — die deutsche Mark des Landes zu verweisen und der französischen Währung das Heimatrecht an der Saar zu verleihen. Damals verlangte die Regierungskommission z. B., daß die Gemeinden ihren Bediensteten auskömmliche Bezüge zahlte; wo das in deutscher Mark nicht möglich war, da sollte man eben zum französischen Franken greifen!

Und was geschieht heute? Der Franken purzelt weiter, trotz „Saarkuriers“, die Not steigt täglich, die Einkünfte besonders für die breite Masse werden von Tag zu Tag geringer. Die schwankende französische Währung bringt dem Saargebiet abermals schwere wirtschaftliche Erschütterungen. Man hat aber noch nichts davon gehört, daß die Regierungskommission Massnahmen entsprechend denen vor einem Jahre vorbereitet hat, daß sie Vorkehrungen getroffen hat, um dem Saargebiet eine feste Währung zu geben. Wie vor einem Jahre, so trifft auch heute die Bedrängung zu, daß durch eine stabile Währung eine wirtschaftliche Beruhigung und Festigung des Landes nicht eintreten kann. Wird die Regierungskommission eben so eilig wie im vorigen Jahre, als es sich um die Verdrängung der deutschen Mark, um die Zerstörung einer wesentlichen Verbindung des Saargebiets mit dem übrigen Deutschland handelte, beim Völkerbundsrat beantragen, die wertlose, schwankende, sich täglich mehr entwertende Frankenwährung durch eine stabile Währung zu ersetzen? Man sollte es annehmen — wenn die Regierungskommission loyal handeln wollte. Sie wird es aber nicht tun, weil sie vor einem Jahre das Saargebiet, den Völkerbund und die Welt betrogen hat; sie wird es nicht tun, weil sie sich vor einem Jahre bei der Einführung der Frankenwährung nicht von wirtschaftlichen, nicht von Gesichtspunkten des Volkswohls, sondern allein von politischen Motiven leiten ließ, von dem Bestreben, ein Band der Zusammengehörigkeit zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland zu zerstören.

Am 25. Februar d. Js. hat sich der Kreistag Saarlouis mit dieser Frage befaßt und seine Auffassung in folgender treffender Erklärung niedergelegt:

Die Notlage der Bevölkerung des Saargebietes und insbesondere die Lage der Arbeitnehmerschaft, hat innerhalb der letzten Monate Formen angenommen, die, wenn nicht bald eine durchgreifende Aenderung geschaffen wird, zu den allers



schwersten Befürchtungen Anlaß geben muß. Der Kreistag des Kreises Saarlouis bedauert die ablehnende Stellungnahme der Regierungskommission zu den Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Er sieht auf dem Standpunkt, daß es Pflicht der Regierung sei, Abhilfe zu schaffen und das Saargebiet vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren. Der Kreistag erachtet es demgegenüber im Interesse der schwer nortelbenden Bevölkerung als seine Pflicht, die Regierungskommission nachdrücklich an ihre feierlich übernommenen Verpflichtungen gegenüber der Saarbevölkerung zu erinnern. Der Kreistag hofft, daß die Regierungskommission mit gleichem Eifer, mit dem sie die deutsche Mark, sobald sie als stabiles Zahlungsmittel nicht mehr angesehen werden konnte, aus dem Saargebiet entfernte,

nun auch angesichts des fallenden Franken die Interessen der ihr anvertrauten Bevölkerung vertreten und für stabile Verhältnisse, hinsichtlich der im Saargebiet gültigen Zahlungsmittel, Sorge tragen wird."

Man darf gespannt sein, welches die Antwort der Regierungskommission auf diese Erklärung sein wird. Bekanntlich haben vor wenigen Wochen bereits die Wirtschaftskreise des Saargebiets in einer eingehenden Darlegung der Wirtschaftslage die Einführung einer stabilen Währung gefordert. Erfolgt ist bisher nichts. Man nimmt anscheinend in der Regierungskommission an, daß es auf einen Beitrag weniger oder mehr um das Saargebiet nicht ankommt.

Ob nicht aber doch einmal die Dämmerung kommt, die Dämmerung über das betrogene Saargebiet, die selbst von der heftigsten Propaganda nicht aufgehalten werden kann?

## Die gefährliche Saarfrage.

Bei Besprechung der Pfalzinterpellation am 23. Februar kam der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich auch auf das Saargebiet zu sprechen — seit langer Zeit wieder das erste Mal, daß man im deutschen Parlament auch etwas über das deutsche Saargebiet hörte. Er erinnerte daran, daß die Unterstellung des Saarreviers unter ein internationales Regime Clemenceau durch einen gemeinen Betrug erschlichen hat, indem er Wilson vorredete, daß im Saarrevier 150 000 Franzosen lebten. Abg. Dr. Helfferich richtete an den Reichsminister des Äußeren die Frage, ob wir nicht auf Grund des Versailler Vertrages die Wiedergutmachung des unerhörten Betruges verlangen könnten, der im Saargebiet geschehen wird.

Diese Frage ist durchaus berechtigt. Gerade die jüngsten Enthüllungen Lloyd Georges über das Zustandekommen der Bestimmungen über das Rheinland, wozu offenbar auch die Regelung über das Saargebiet gehört, haben gezeigt, welchen Betrugsmanövern Deutschland in Versailles zum Opfer gefallen ist. Doch sollte dieser Betrug nicht für alle Zeiten bestimmend sein für das Geschick Deutschlands.

Frankreich fürchtet solche Enthüllungen, fürchtet sie wie die Pest — das hat der Sturm in Paris nach Bekanntwerden der Enthüllungen Lloyd Georges gezeigt, haben gezeigt die Mittel, die angewendet wurden, um die Erörterungen darüber in der Öffentlichkeit so schnell wie möglich zu beenden.

Auch die öffentliche Besprechung der Saarfrage ist den Franzosen äußerst verhaßt. Die jüngsten Landesratswahlen mit 99 Prozent deutschen Stimmen haben auch den letzten Gutgläubigen davon überzeugt, daß Frankreichs Anspruch auf das Saargebiet ohne jeglichen Rechtsgrund erhoben wird, will man nicht die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker brutal vergewaltigen. Dazu ist man allerdings im Saargebiet auf dem besten Wege.

Wie sehr man in Frankreich die öffentliche Besprechung der Saarangelegenheit fürchtet, ist in letzter Zeit durch zwei Vorgänge erneut bewiesen worden. In der Dezembertagung des Völkerbundsrates sollte die Neuernennung der Mitglieder der Saarregierung erfolgen. Das „dänische“ Mitglied hat seine Demission eingereicht, und für das saarländische Mitglied (eine von dem Reichsminister Dr. Hector vorgeschobene Puppe) soll auf englischen Antrag eine geeignete Persönlichkeit bestellt werden. Damals war eine Einigung nicht möglich, weil von englischer Seite Personen mit durchaus neutraler und selbstloser Auffassung gewünscht wurden, um der Regierungskommission eine unabhängige und gewissenhafte Erledigung ihres Treuhänderauftrages zu ermöglichen. Die Gegenstände, die damals im Kreise der Völkerbundsdelegierten zutage traten, waren so erheblicher Natur, daß Frankreich fürchtete, eine Durchsetzung seiner Forderungen könnten öffentliche Erörterungen im Gefolge haben, die nicht im Interesse Frankreichs liegen. Deshalb vertagte man die Angelegenheit auf die nächste Sitzung. Vielleicht hatte Frankreich gehofft, durch das Eingreifen des französischen „Saarbundes“ in die Landesratswahl würde das Ergebnis dieser Wahl derart beeinflusst werden, daß man mit entsprechenden Vorschlägen für das saarländische Mitglied der Regierungskommission von dieser Seite rechnen konnte. Das war allerdings eine verfehlte Spekulation. Deshalb betrachtet man in Paris sowohl wie in der Saarbrücker Alleestraße die jüngste Denkschrift der deutschen politischen Landesfraktionen an den Völkerbund mit sehr gemischten Gefühlen, da darin

gebeten wird, „die gewählten Vertreter der Bevölkerung um Vorschläge zu ersuchen, bevor der Hohe Rat zu der Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission schreitet“.

Solche Schritte fürchtet Frankreich um so mehr, als sich gezeigt hat, daß sie langsam aber sicher ihren Eindruck bei verschiedenen Mitgliedern des Völkerbundes hinterlassen. Das erklärt auch die plötzliche Aufhebung des Verbots der Rheinlandkommission für den bekannten saarländischen Großindustriellen und politischen Führer Dr. Köhling und drei homburger Bürger zum Betreten des besetzten Gebietes. Auch in dieser Frage hatten die deutschen Landesratsfraktionen eine Denkschrift beim Völkerbund eingereicht und auf die Vertragswidrigkeit dieser Maßnahme der Rheinlandkommission verwiesen. Es war zu erwarten, daß diese Frage in der Märztagung des Völkerbundes zur Verhandlung kommen würde. Einer grundsätzlichen Entscheidung dieser Frage ist die Rheinlandkommission aber aus begreiflichen Gründen ausgewichen. Sie hat das Verbot aufgehoben mit der Beschränkung, daß bei der Durchreise durch das besetzte Gebiet die Bahnhöfe nicht verlassen werden.

Diese Tatsachen zeigen, daß der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich recht hatte, wenn er in der fraglichen Sitzung des Reichstages die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch auf die Verhältnisse an der Saar richtete. Je mehr die Verbrechen, die durch das Versailler Diktat gegen Deutschland begangen wurden, in der Öffentlichkeit besprochen werden, um so eher wird die Revision dieses Schandvertrages ermöglicht werden. Und eines dieser Verbrechen ist die „Regelung der Saarfrage“ als Ersatz für die von Frankreich nicht erzielte Annexion des Saargebietes.

★

Nach Mitteilung des Völkerbundssekretariats hat das Mitglied der saarländischen Regierungskommission Molke-Huitfeld seine Demission eingereicht. Gleichzeitig ist das Völkerbundssekretariat davon verständigt worden, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Land, die Wiederwahl in die Kommission ablehnt. Infolgedessen hat der Völkerbundsrat in seiner Tagung vom 10. März zwei neue Mitglieder der Regierungskommission zu ernennen.

Hierzu bemerkt die „Frankf. Ztg.“: Die Bevölkerung des Saargebiets wird den Rücktritt der Regierungskommissare Molke-Huitfeld und Land mit Genugtuung begrüßen. Es gehört zu den üblen Folgen des Krieges in den letzten moralisch verwilderten Jahren, daß diese Menschen überhaupt in die Regierung des dem Völkerbunde anvertrauten Landes berufen wurden. Molke-Huitfeld ist ein geborener Däne, der jahrzehntelang in Paris als Kennstallbesitzer und Lebemann lebte. Diesem Gesinnungsfranzosen ohne Fähigkeiten vertraute man die Kulturangelegenheiten an, nur — um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen, die an seiner Stelle einen Neutralen fordern. — Land ist ein früherer Petroleumhändler, der sich dann durch die Betätigung nationalsozialistischer Gesinnung eine preußische Lotteriekollekte ergatterte; sich aber nach dem Einmarsch der Franzosen bei ihnen anbiedernd. Der Lotteriekollekteur, den niemand achtete und der von Politik und Verwaltung gewiß nichts verstand, wurde gegen den allgemeinen Willen der Bevölkerung „saarländisches Mitglied der Regierungskommission“. So ist man „den Verträgen treu“. Es ist zu hoffen, daß der Völkerbundsrat nunmehr von der Nachkriegspsychose genügend befreit ist, um dem Saargebiet ein würdiges und gerechtes Regiment zu geben.



## Frankreichs Saarbetrug.

Abg. Dr. Helfferich im Reichstag.

In der Reichstagsitzung vom 23. Februar 1924 kam der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Helfferich bei Besprechung der Wajalinterpellation auf das Saargebiet zu sprechen. Er führte hierzu aus:

Schon mitten im Kriege hat Herr Delcassé in jenem Geheimvertrag vom Februar 1917 — geheim sogar gegenüber dem eigenen britischen Verbündeten — sich ausbedungen, daß Rußland ihm freie Hand auf dem linken Rheinufer und für die Bruderkopie gewähre. Bei den Verhandlungen zum Versailler Friedensdiktat präsentierte Frankreich die gleichen Forderungen. Es stieß zunächst auf Widerstand, auf heftigen Widerstand bei Wilson, bei Lloyd George und bei Orlando, die es als eine unmögliche Gemeinheit erklärten, in diesem Maße gegen die Zulage zu handeln, die Deutschland beim Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden war. Gegenüber diesem Widerstand hat Frankreich seine Forderungen zunächst reduziert. Es hat sie beschränkt auf die Errichtung des Sonderregimes für das Saargebiet und auf die 15 jährige Okkupation für das übrige Rheinland. Auch damit stieß es auf Widerstand bei Wilson, bei Lloyd George und bei Orlando. Es hat diesen Widerstand mit Methoden überwunden, die nur als echt französisch auf Grund der Geschichte, wie ich sie eben entwickelt habe, bezeichnet werden können. Die Unterstellung des Saargebietes unter das Sonderregime, das tatsächlich Frankreich die Macht im Lande gibt und im französischen Sinne zur endgültigen Annexion ausgebaut werden soll, hat Clemenceau gegenüber seinen Verbündeten durch einen — ich spreche das harte Wort gelassen aus — durch einen gemeinen Betrug erschlichen. Ich zitiere seinen Adlatus, seine rechte Hand, Herrn Tardieu. Herr Tardieu erzählt, wie der erklärte und scharfe Widerstand der verbündeten Staatsmänner gebrochen wurde durch eine Erklärung Clemenceaus, die ich wörtlich hier verlese. Herr Clemenceau hat Wilson, Orlando und Lloyd George ins Gesicht gelogen:

Es gibt im Saargebiet 150 000 Franzosen. Diese Franzosen haben im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt, und auch diese Franzosen haben einen Anspruch auf Gerechtigkeit. Sie meine Herren, wollen die Rechte der Deutschen respektieren. Ich auch. Aber berücksichtigen Sie bitte auch die Rechte der 150 000 Franzosen im Saargebiet, wie Sie die Rechte der Tschechen und die Rechte der Polen berücksichtigen wollen.

Diese 150 000 Saarfranzosen des Herrn Poincaré existieren nicht und haben nie existiert. Ebenso wenig existierte die Adresse, die diese 150 000 Saarfranzosen an Herrn Poincaré gerichtet haben sollen. Was existiert, ist allein einer der gemeinsten Halunken der Weltgeschichte, Herr Hector, den die Franzosen zum Dank für diesen unerhörten Betrug zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission gemacht haben und der dann als meinelidiger Schuft vor deutschen Gerichten entlarvt worden ist.

Ich habe mir hier schon bei früheren Gelegenheiten die Frage erlaubt: nachdem dieser Fall bekannt geworden ist, nachdem der Fall dieser angeblichen 150 000 Saarfranzosen und der angeblichen Adresse, mit der Herr Clemenceau operiert hat, in dieser Weise klar wie Sonnenlicht vor die ganze Welt hingestellt werden konnte, was hat die deutsche Regierung getan, um zugunsten des auf Grund eines nachgewiesenen Betruges dem jetzigen Regime unterstellten und damit zur Hälfte, kann man sagen, den Franzosen ausgelieferten Saargebietes, an diesem Punkte einzusehen? Ich habe damals keine Antwort bekommen, ich habe seither keine Antwort bekommen, und ich würde es für sehr dankenswert halten, wenn wir vom Herrn Minister des Auswärtigen erfahren würden: Ist etwas in dieser Beziehung geschehen, und, wenn nichts bisher geschehen ist, ist er entschlossen, zugunsten der Befreiung des Saargebietes die Sache aufzunehmen?

Ich wende mich an den Herrn Minister des Auswärtigen aus einem besonderen Grunde. Der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann hat am 21. Januar vorigen Jahres in Stuttgart das wahre Wort ausgesprochen:

Es wird heute so viel geredet von Wiedergutmachung. Die Welt ist uns eine Wiedergutmachung schuldig für den wiederholten Bruch der Verträge an uns.

Das sind die Worte des Abgeordneten Stresemann. Ich frage heute den Herrn Minister Stresemann, ob nicht in diesem unerhörten Betrug vor allen Dingen für uns eine Wiedergutmachung der Welt in Frage kommt, ob wir nicht berechtigt sind, vor der Welt, vor den Mitunterzeichnern der Versailler Bedingungen eine Wiedergutmachung dieses unerhörten Betruges zu verlangen?

## Die Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission.

Eine Eingabe an den Völkerbund.

Am 10. März tritt der Völkerbundsrat zu seiner nächsten Tagung zusammen; er wird sich auch wieder mit Saarfragen, u. a. mit der Neuernennung der Regierungskommission zu befassen haben, da man sich über diesen Punkt auf der Dezembertagung nicht hatte einigen können. Von englischer und schwedischer Seite wird die Erlegung des Erzhannes für den Weinedminister Hector, Land, durch eine geeignetere Persönlichkeit verlangt, ebenso ist für den zurückgetretenen Grafen Molke-Huitfeld ein Erzhmann zu bestimmen.

Von Anfang der Zwangsverwaltung des Saargebietes an ist von der Bevölkerung das den demokratischen Gesichtspunkten entsprechende Verlangen gestellt worden, daß ihr das Vorschlagsrecht für das saarländische Mitglied eingeräumt wird. Bisher ohne Erfolg. Die zu der interparteilichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen politischen Parteien (Zentrums-, Sozialdemokratische und Saarländische Volkspartei) haben daher unter dem 14. April erneut folgende Eingabe an den Völkerbund gerichtet:

Die Vertreter der Saarbevölkerung haben in drei verschiedenen Denkschriften (am 24. Juli 1922, anfangs September 1922 und am 13. März 1923) den Hohen Rat des Völkerbundes gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der gewählten Vertreter der Bevölkerung zu ernennen.

Die beiden ersten Denkschriften wurden an den Hohen Rat gerichtet, als die Wiedewahl des Herrn Dr. Hector zur Frage stand. Leider hat damals der Hohe Rat diesem Wunsche nicht entsprochen. Bekanntlich mußte Dr. Hector zurücktreten.

Die Saarbevölkerung ist der Auffassung, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission der wirkliche und vom allgemeinen Vertrauen getragene Vertreter der Saarbevölkerung in der Regierungskommission sein sollte. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß nur dann

Fähigkeit und Zuverlässigkeit des saarländischen Regierungsmitgliedes gewährleistet ist, wenn ein Kandidat der Bevölkerung ernannt wird. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Mitglieder des Hohen Völkerbundsrates, ja das Generalsekretariat des Völkerbundes selbst, sich nur schwierig ein objektives Urteil über die in Frage kommenden Persönlichkeiten bilden können, da für sie die eigene Informationsmöglichkeit gering ist, sie vielmehr immer wieder auf die Auskünfte der landfremden Regierungskommission angewiesen sind. Trotz der mehrfachen Bitten der Saarbevölkerung hat der Hohe Rat des Völkerbundes in seiner Tagung, die am 15. April 1923 begonnen hat, zum saarländischen Mitglied der Regierungskommission Herrn Julius Land ernannt. Die Anhörung der Mitglieder der Regierungskommission vor dem Völkerbundsrat am 7. Juli 1923 hat ergeben, daß Herr Land, obwohl er sein ganzes Leben im Saargebiet zugebracht hat, sich nicht ein Urteil zutraute, ob die Notverordnung vom 7. März 1923 zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Saargebiet, die so scharfe Kritik im Völkerbundsrate selbst gefunden hat, notwendig und angebracht sei; denn Herr Land hat sich damals seiner Stimme enthalten. Außerdem hat Herr Land als Vertreter der Saarbevölkerung in der Regierungskommission es nicht einmal verstanden, sich für die der arbeitenden Bevölkerung im Versailler Vertrag zugebilligten und vom Völkerbund angenommenen sozialpolitischen Grundsätze tatkräftig einzusetzen. Herr Land hat nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Diese Tatsachen allein beweisen, daß Herr Land nicht geeignet ist, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Uebrigens sind wir der Auffassung, daß die vom Völkerbund vertretenen demokratischen Prinzipien ihre wesentlichen Grundlagen darin finden, daß eine Bevölkerung nicht gegen



Ihren ausgesprochenen Willen regiert werden sollte. Der Vertrag von Versailles enthält keine Bestimmung, die es unmöglich macht, das saarländische Mitglied der Regierungskommission auf Vorschlag der Bevölkerung zu ernennen. Es verbleiben somit keine rechtlichen Bedenken. Im Gegenteil: Wenn § 17 des Saarstatutes vorschreibt, daß der Regierungskommission ein aus dem Saarbedengebiet stammender und dort anässiger Nichtfranzose anugehört hat, so ist der Sinn dieser zwingenden Vorschrift des Vertrages von Versailles doch der, daß dieses saarländische Mitglied der Regierungskommission ein wirklicher Vertreter der deutschen Saarbevölkerung sein soll. Die praktische Konsequenz dieser Vorschrift ist aber, daß die Saarbevölkerung oder wenigstens ihre gewählten Vertreter vor der Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission befragt werden.

Es ist nicht zu befürchten, daß ein von der Bevölkerung vorgeschlagener und vom Völkerrundrat ernannter Mann durch eine einseitige Einstellung die Arbeiten der Regierungskommission unmöglich machen würde. Die Saarbevölkerung hat bisher bewiesen, daß sie mit friedlichen Mitteln zu ihrem Rechte zu gelangen sucht. Die Vertreter der Saarbevölkerung haben ferner in ihren Arbeiten im Landesrat des Saargebietes gezeigt, daß sie auf das äußerste bestrebt sind, dem Wohle der Saarbevölkerung zu dienen. Ein Beispiel dieses aufrichtigen und ehrlichen Bestrebens besteht in der Tatsache, daß der Landesrat in der außerordentlich kurzen Zeit von 2½ Monaten elf grundlegende Steuergeleke in durchaus sachverständiger Weise bearbeitet hat. Daraus ergibt sich, daß die Saarbevölkerung sehr wohl erkannt hat, daß ihr nicht mit unfruchtbarer Obstruktion gebient wird, sondern nur durch sachliche und ernste Mitarbeit.

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß seitens der Saarbevölkerung nur solche Kandidaten vorgeschlagen würden, die

die Gewähr dafür bieten, daß sie die Interessen der Saarbevölkerung, soweit irgend angängig, durch sachliche und hingebende Mitarbeit zu fördern suchen würden.

Nachdem aus dem Bericht zu entnehmen ist, den Lord Robert Cecil unter dem 29. Dezember 1923 an das englische Parlament über die 27. Sitzung des Völkerrundrates erstattet hat, daß der Hohe Rat des Völkerrundes unserer Bitte, einen wirklichen Vertreter der Saarbevölkerung zu ernennen, zu willfahren gewillt ist, bitten wir erneut darum,

„der Hohe Rat des Völkerrundes möge die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung um Vorschläge ersuchen, bevor er zu der Wahl des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission schreitet“.

Bei dieser Gelegenheit erneuern wir eine Bitte, die bereits am 13. März 1923 durch die hauptsächlichsten Fraktionen des Landesrates ausgesprochen worden ist. Wir haben damals darum gebeten, daß die gewählten Vertreter der Bevölkerung offiziell vom Rat in mündlichen Verhandlungen gehört werden. Begründet haben wir diesen Wunsch damit, daß bei den Entscheidungen des Rates in Angelegenheiten des Saargebietes eine objektive und sachliche Kenntnis der hiesigen Verhältnisse eine notwendige Voraussetzung ist, und daß die bisherige Berichterstattung der Regierungskommission die nötige Objektivität vermissen läßt. Wir erneuern daher unsere Bitte,

der Hohe Rat des Völkerrundes möge vor seinen Entscheidungen in Saarfragen die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung anhören.

Wir glauben, daß diese Anhörung bereits zur Lösung der jetzigen Kandidatenfrage wertvolle Dienste leisten könnte.

## Das amtliche Ergebnis der Landesratswahl am 27. Januar.

Am 16. Februar, also fast volle 3 Wochen nach der Wahl, hatte der Wahlausschuß zur Festsetzung des Ergebnisses der Landesratswahl vom 27. Januar 1924 seine Arbeit beendet. Danach betrug die Zahl der Wahlberechtigten 378 459, von denen 255 659 ihr Stimmrecht ausgeübt haben. 254 858 Stimmzettel waren gültig, 801 ungültig.

Gewählt wurden:

Vom Zentrum: Lebacher 112 407, Kiefer 111 360, Wilhelm 111 339, Karius 111 077, Beder 110 932, Martin 110 425, Ritters 100 918, Krah 109 195, Scheuer 109 102, Glodel 108 631, Heinz 108 261. Gärtner 107 976, Seiwert 107 941, Thiel 107 808 Stimmen.

Von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei: Köhling 44 877, Schmelzer 42 269, v. Bopelstus 41 184, Hufsong 40 069 Stimmen.

Von der Sozialdemokratischen Partei: Sender 48 064, Petri 47 296, Bey 47 034, Hoffmann 46 858, Schneider 46 773, Brettar 46 742 Stimmen.

Von der Kommunistischen Partei: Reinhard 40 486, Ulrich 40 315, Sticher 40 298, Eißler 40 295, Hecker 40 292 Stimmen.

Von der Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft: Alber 12 113 Stimmen.

Der französische „Saarbund“ ist trotz aller Schiebungsversuche leer ausgegangen. Sein „offizielles“ Organ, der „Richert-Kurier“ spuckt daher Wut und Galle. Er kündigt auch an, daß von Seiten des „Saarbundes“ die Wahl angefochten werden würde, wahrscheinlich, weil die französisch-saarländischen Streikkolonnen nicht ausgereicht haben, das so schlau, raffiniert und hinterlistig eingefädelt Wahlbetrugsmanöver im gewünschten Sinne durchzuführen.

Der neugewählte Landesrat ist zu seiner ersten Sitzung auf Mittwoch, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden.

### Nach den Wahlen zum Landesrat.

In einem Rückblick auf die Wahlen zum Landesrat rechnet die „Saarbr. Landesztg.“ noch besonders mit dem französischen „Saarbund“ ab. Wir geben die Ausführungen, die sich zum großen Teil mit unserer hier zum Ausdruck gebrachten Auffassung decken, im Wortlaut wieder. Das Blatt schreibt:

Die Saarbevölkerung hat im Laufe der letzten Jahre auf politischem Gebiet Dinge kennen gelernt, die hier früher nicht heimisch waren. Was aber in den letzten Wochen vor und nach den Wahlen zum Landesrat an Unwahrheiten, Verdrehungen und politischem Unsinn von Leuten, die im Dienste der Westpropaganda stehen, zusammengebracht wurde, übersteigt alles bisher Erlebte. Es offenbart sich hier eine politische Verleumdung, die,

wenn dafür von gewissen Stellen auch in den nächsten Jahren Gelder zur Verfügung gestellt werden, noch herrliche „Blüten“ treiben wird.

Solange Herr Richert, der alles beherrschende Chef der französischen Propaganda, an der Saar weilte, drehte sich die Propaganda nur um die beiden Pole: „Los von Deutschland, hin zu Frankreich“. Richert, der Generalkübler, glaubte, daß die Kraft seines Kommissstiefels ausreiche, um die Saarbevölkerung in einigen Jahren so zu zermürben, daß sie ohne großen Widerstand in den Armen Mariannens landen würde. Er hatte, obwohl er ausreichende Summen, wahrscheinlich aus den Reparationsleistungen des deutschen Reichs, verpulverte, damit an der Saar ähnliche „Erfolge“, wie sein großer Kollege de Weh in der Pfalz. Richert der „Demokrat“ traute sich in seinem Siegerübermut alles zu, und so zog er eines schönen Tages nach Bayern, um dort mit den ihm so verhassten „Monarchisten“ ein Revolutionsnähchen zu machen. Das war sein „Ende“. „Bergasseffor“ Richert blamierte sich und mußte „offiziell“ aus dem Saargebiet verschwinden. Er wurde strafversetzt, landete als Regimentsführer in Kolmar und kommt jetzt nur ab und zu in sein „Königreich“ Saargebiet.

Jetzt begann für die Westpropaganda ein neuer Kurs. Ihr Sprachrohr aus der Parallellstraße gab den französischen Teil seines Textes auf. Weshalb auch französisch? Die Saarbevölkerung verzichtet auf französischen Unterricht von diesen Stellen und die zugewanderten Franzosen abonnieren erst recht keine französisch-deutsche Zeitung. Die Absicht, die Saarbevölkerung auf direktem Wege für Frankreich zu gewinnen, hat sich als ein Hirngespinnst des Generalküblers Richert herausgestellt und darum ist es erklärlich, daß die neuen Männer andere Wege gehen. Ihr Schlachtruf lautet: „Das Saarland den Saarländern!“ Damit hoffen sie bei politisch urteilslosen und wirtschaftlich abhängigen Elementen Eindruck zu machen. Diese die Geschäfte Frankreichs besorgenden Kreaturen stellen die Sache so dar, als ob sie die Retter des Saargebietes seien. Jedermann, der diesen aufgelegten Schwindel als das bezeichnet, was er in Wirklichkeit ist, wird von den Skribenten in der Parallellstraße als preußischer Hecker tituliert, der nur deshalb widerstrebt, weil er natürlich von Berlin bestochen sei. Wir lassen diese Söldner der Westpropaganda beim Schopfe und sagen: „Zawohl, das Saarland den Saarländern!“ Je eher desto lieber möchte sich die Saarbevölkerung der Beherrschung und Ausbeutung durch Frankreich entziehen. In diesem Sinne sind die politischen Parteien, die gewählten Vertreter des Volkes, und die deutsche Presse bisher tätig gewesen und sie werden es auch für die Zukunft sein. Und ihr Saarbündler, was habt ihr geleistet, um die Kohle, das Brot des Saarlokes in den Besitz der Saarbevölkerung zu überführen? Was soll euer Schlagwort „das Saarland den Saarländern“, wenn die Kohle und alle großen Gültenerwerte dem französischen Kapitalismus überantwortet sind? Wißt ihr nicht, daß nach dem Ver-



trag von Versailles nur in dem Falle, daß das Saargebiet wieder dem Reiche unterstellt wird, Berg- und Hüttenwerke dem französischen Kapitalismus entzogen werden? Warum verschweigt ihr die wichtige Tatsache, daß falls, wie ihr es wollt, an der Saar ein kleiner Staat geschaffen wird, Frankreich die Gruben behält und wir damit seine Lohnslaven bleiben würden? Wo habt ihr übrigens ihr Sonderbündler gestanden, als es in den letzten Jahren galt, die wenigen Rechte der Saarbevölkerung gegen französische Übergriffe zu verteidigen und zu behaupten?

Damit ihr wißt, wie man eure Taten beurteilt, sei es klar gesagt: „Eure Propaganda mit dem vorgetäuschten Ziele, „das Saarland den Saarländern“, ist Verrat an den Lebensinteressen des Saarpölkles. Es fehlt euch jede Kraft und auch der Wille, unsere Heimat dem Volke zu erhalten. Wo ihr euch zeigt, blickt ihr mit feiger Miene nach eurem westlichen Brotherrn, um dessen Gunst zu erwerben, teils aus Dummheit, mehr noch aus Egoismus in der Absicht, eine gutbezahlte Stelle zu erhalten. Aus diesem Grunde sind eure Handlungen genau so zu bewerten, wie die jener Separatisten, die in der Pfalz und am Rhein, weil sie die Bevölkerung im höheren Interesse Frankreichs peinigten und jetzt von ihrem Beschützer Poincaré als Verräter preisgegeben werden, totesgeschlagen werden. Um den Saarseparatisten für später jede Entschuldigungen zu nehmen, sei es ihnen deutlich gesagt, daß ihre heute manchen noch harmlos erscheinende Tätigkeit den gleichen Zielen dient, wie die Propaganda, die jetzt an Rhein und Ruhr zusammengebrochen ist.

Für denjenigen, der die Presseerzeugnisse der Westpropaganda aus allgemeinen Interessen täglich verfolgt, ist es ergötlich die Gehirnerverrenkungen zu beobachten, welche diese Goldschreiber darin an den Tag legen. Nur einige Beispiele: Die Regierungskommission setzte für die Wahlen zum Landesrat an Stelle der gebundenen die freien Listen. Die Propagandaschreiber in der Parallelstraße sind über dieses „demokratischste aller Wahlsysteme“ geradezu entzückt. In Leitartikeln preisen sie die Weisheit der Regierung, im Stillen aber denken sie, jetzt haben wir das Mittel, um die Führer der politischen Parteien, die die Welt über die französische Politik an der Saar aufklärten, endlich kaltzustellen. Es war ja auch gar zu schön: einige Saarbündler und Franzosen hätten genügt, um die Wahl in diesem Sinne zu korrigieren. Wäre es so gekommen, hätte dies natürlich dem „Volkswillen“ entsprochen. Die Saarbevölkerung aber machte die westlichen Pläne zuschanden. Sämtliche Führer der politischen Parteien wurden wiedergewählt, nur — der Saarbund blieb mit 0 Sitzen als „Sieger“ auf der Strecke.

Die Bauchschmerzen, die ob dieses Wahlausganges bei gewissen Personen eingetreten sind, können wir verstehen. Wir haben keinerlei Mitleid, selbst auf die Gefahr hin, daß nach diesem „glänzenden Sieg“ des Saarbundes die Gelder nicht mehr so reichlich fließen. In Paris soll die Bestürzung allgemein sein. Man rechnet dort: 150 000 Saarfranzosen im November 1918, 10 000 zugewanderte Franzosen, „gewaltige Massen“ organisiert im Saarbund und — doch nur 6904 Stimmen (die Westpropaganda strinkt von annähernd 8000), von 30 Sitzen keinen einzigen! Wirklich, schlimmer konnte die Gesellschaft in der Parallel-

straße nicht bestraft werden. Jetzt hagelt es Proteste. Die gemischten Stimmzettel sollten jetzt auf einmal ungültig sein. Vielleicht macht der Saarbund eine Wallfahrt nach Genf, damit die Männer vom Völkerbund auch von dieser Stelle über das herrliche Wahlsystem an der Saar informiert werden. Ob dann wohl wieder mit gebundenen Listen gewählt wird? Nach den neuesten Ergüssen hat sich der politische Klub der Saarbündler von diesem Schlag, den er bei den Wahlen erhielt, wieder etwas aufzurichten versucht. Es geht ihm wie dem Fuchs, der, weil die Trauben so hoch hingen, darauf verzichtete. Er läßt neuerdings verkünden, daß zwei bis drei Vertreter der saarländischen „Heimatspartei“ (lies Bund der Westpropaganda) im Landesrat sich gegen die „preussischen Schreihalse“ doch nicht durchsetzen könnten. Die Bevölkerung hat also doch recht gehabt, daß sie die Saarbündler nicht in die Verlegenheit brachte, in den Landesrat zu kommen. Diese Selbstberuhigung, die die Saarbündler hier anstimmen, erntet allerdings recht wenig Glauben. Wir können uns im Gegenteil vorstellen, welche Freude in Trojas Hallen geherrscht hätte, wenn nur einer der Ihrigen hinein gerutscht wäre.

Aufgabe des Saarbundes scheint (scheint? D. Schriftl. b. S.-Z.) es zu sein, die Saarbevölkerung für den Westen zu erobern. Als tägliche Kost werden ihr darum die „glänzenden Zustände“ in Frankreich vorgesetzt, alle Einrichtungen in Deutschland dagegen so herabgewürdigt, als ob dort nur noch der Ausbund der Menschheit wohnen würde. Mit der „französischen Edelvaluta“, dem Franken, ist seitdem der Dollar auf 24 geklettert, gar kein politisches Geschäftchen mehr zu machen. Die Saarbevölkerung hat die Nase voll: der Franken fällt, die Preise steigen, trotzdem wollen die französischen Kapitalisten keine Lohn- und Gehaltsaufbesserungen bewilligen. Diese werden vielmehr abgelehnt — man höre und staune, wie weise —, damit der Franken nicht weiter fällt. Also die werttätige Saarbevölkerung soll zu niedrigen Löhnen weiter schaffen, wenn auch die Preise steigen! Der Franken darf nicht weiter fallen, sonst könnte der französische Rentner aus seinem Wohlleben aufgeschauelt werden! —

Der französische Kapitalist behandelt die Arbeiter human, so sagt die Westpropaganda; die deutschen Unternehmer verlängern die Arbeitszeit. Als ob nicht jedermann wüßte, daß die tiefste Ursache für alle Armut im Reiche der Schandvertrag von Versailles wäre. Das deutsche Volk muß hungern und arbeiten, weil Poincaré seinen betörten Anhängern für die nächsten 50 Jahre herrliche Zeiten versprochen hat. Doch Lügen haben kurze Beine. Kaum ist die Arbeitszeit in Deutschland verlängert, da wird in der französischen Kammer der Neunstundentag erörtert. Wie lange wird es dauern, und der französische Arbeiter erringt einen „neuen Sieg“ dergestalt, daß auch für ihn die Arbeitszeit verlängert wird. Die Goldschreiber beim „Saar-Kurier“ sind merkwürdige Leute. Sie bilden sich ein, die Saarbevölkerung würde ebenso wie sie selbst ihre Überzeugung wie ein Hemd wechseln. Der Erfolg der Propaganda wird ausbleiben, denn Kreaturen, die ihre politische Überzeugung nach dem Geldbeutel orientieren, sind an der Saar glücklicherweise dünn gesät.

## Besoldungsdiktat der Regierungs-Kommission für die Beamten.

Der Sturz des Franken und die damit verbundene Preissteigerung auf allen Warengeländen hatte die Beamten veranlaßt, durch ihre Organisationsvertreter um eine Erhöhung der Beamtengehälter bei der Reg.-Komm. vorstellig zu werden. Am 21. Februar fanden entsprechende Verhandlungen mit der Reg.-Kommission statt. Dabei lehnte diese die Forderungen der Verbände als finanziell „undurchführbar“ ab. Dagegen gab die Reg.-Komm. die Regelung bekannt, die sie für die künftige Besoldung der Beamten selbstherrlich getroffen hatte. Die Neuregelung der Kinderzulage für alle Kinder unter 16 Jahren ist geplant, aber noch nicht entschieden und auch kaum vor dem 1. August ds. Js. zu erwarten.

Nach der „Volksstimme“ beträgt die von der Reg.-Komm. mit Wirkung vom 1. Februar vorgenommene Erhöhung in Gruppe I 79, in Gruppe II 621 Fr. Wie der Generalsekretär der Reg.-Kommission selbst zugeben mußte, hat diese Regelung bei den Verbänden nicht die erhoffte Wirkung ausgelöst.

Sämtliche an der Verhandlung teilnehmenden Verbände lehnten denn auch die Annahme der vorgesehenen Regelung als eine endgültige ab.

In dieser Gehaltspolitik der Reg.-Kommission wird der „Saarbr. Landesztg.“ aus Beamtenkreisen n. a. geschrieben:

Die Verwaltung unserer Heimat ist einer Anzahl französischer Nachhaber unterstellt, die uns tagtäglich fühlen lassen, daß wir hier nichts zu sagen haben. Gewiß wird das Deforum gewahrt und scheinbar verhandelt, aber das Ende jeder „demokratischen“ Aussprache ist ein Diktat. Was ist uns im Saargebiet nicht alles schon diktiert worden! Die erste Form der Volksbefragung durch die Kreistage, eine Unmenge von neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen auf dem Verordnungswege, darunter eine neue Wählordnung, eine neue Wahlordnung. Warum soll man nicht auch eine neue Besoldungsordnung diktieren können? Besonders dann, wenn die Beamtenvertreter gar so viele unangenehme Einwendungen machen. Schade! Man hatte diesmal alles in Ruhe mit den Beamten abwickeln wollen. Der Landesrat hatte anlässlich der Besoldungsordnung der Kommunalbeamten soviel Kritik an der alten Besoldungsordnung geübt, daß man dem neuen Landesrat, der im wesentlichen die alten Gesichter zeigt, keine diesbezügliche Vorlage unterbreiten wollte. Zudem sind Beamtenvertreter auch viel zahlreicher, auch konnte man nicht länger mehr warten mit der Gehaltserhöhung! Und so ist es halt gekommen, wie es kommen mußte.



Die Regierung hat die Gehälter wieder diktiert müssen. Ein undankbares Volk! Statt dankbar hinzunehmen, was man gab, Protest! Protest selbst bei denen, die wochen- und monatelang demütig und wehmütig um Aufbesserung gebeten hatten. An wen soll sich jetzt eine Regierung noch halten? An die oberen Beamten? Ob sie zufrieden mit dem Erhaltenen sind? Wie soll ein verheirateter Mann mit Kindern in Gruppe 1 mit 436—622 Franken monatlich auskommen? Damit kommt heute nicht einmal ein Lediger aus! Man sollte es gar nicht wagen, selbst einem ungelernten Arbeiter heute noch einen Lohn unter 600 Franken anzubieten! Wir wissen wohl, die große Masse der Arbeiterschaft blüht mit Reiz selbst noch auf diese Gehaltstabelle und seufzt laut oder leise: Hätten wir nur erst das! Zugegeben. Aber Regierung, französische Grubenverwaltung und Großindustrie ziehen an einem Strang. Hat ein Teil einmal nachgegeben, dann folgt auch bald der andere. Erhält das Gros der Beamtenschaft 15 Prozent Aufbesserung, so wird man sie dem Arbeiter auch nicht vorenthalten können. Daß die oberen Beamten entsprechend ihrer späteren Anstellung auch ganz erheblich besser besoldet werden müssen, ist selbstverständlich. Nur wird es für die höheren Beamten ein peinliches Gefühl sein in dem Augenblick, in dem die unteren Gruppen nicht einmal ihr Existenzminimum erreichen, einen höheren Prozentsatz Gehaltsaufbesserung zu erhalten als die unteren und mittleren Gruppen.

Wenn auch nach oben hin die Zahl der Beamten immer geringer wird, bei gleichmäßig prozentualer Erhöhung der Gehälter also nicht viel einseitig geblieben wäre zum Ausgleich der zahlreichen unteren Gehälter, so ist doch der obere Beamte viel leichter dem Verdacht ausgesetzt, hinter dem Rücken der übrigen Beamten-

schaft Sonderprivilegien erstrebt und erreicht zu haben, erlaßt durch Willkür und Indolenz an den öffentlichen Angelegenheiten. Womit wir durchaus nicht sagen wollen, daß alle oberen Beamten außerhalb der saarländischen Volksgemeinschaft stehen. Wir wissen es darum auch doppelt zu schätzen, wenn sie trotzdem als Führer aufzutreten wagen.

Das Grundübel alles Elends ist die Entwertung des Franken. Die Regierung war gewarnt. Sie hat uns den Franken diktiert. Sie trägt letzten Endes auch die Verantwortung für die Verarmung der Arbeiter- und Beamtenschaft. Sie hätte vermutlich auch die Gehälter ganz anders erhöht, wenn sie nur wüßte, wann es bei dem Sinken ein Halten gäbe. In ihrer Blindheit (oder war es nur französische Politik?) hat sie auf die Stabilität des Franken vertraut und sogar die Goldklausel in den Steuervorlagen außer acht gelassen. Geht die französische Politik so weiter, sinkt auch der Franken so weiter. Dann erleben wir daselbe Elend wie mit der Mark. Darum kann es nur eine Rettung geben: Aufgabe der Frankenwährung und Einführung einer Goldwährung. Was die Danziger beim Völkerbund durchsetzen konnten, sollte der neu gewählte Landesrat auch versuchen. Dabei darf er sich durch kein Geschrei der großen Geschäfts- und Industriewelt abhalten lassen. Diese können sich durch fortwährende Preiserhöhung schadlos halten, während alle Gehalts- und Lohnempfänger die volle Schwere der Inflation zu tragen haben.

Deutschland hat eine Rentenmark. Sie ist wie eine Erlösung über das Volk gekommen. Wann naht auch unsere Rettung?

## Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Regierungskommission hat die Wahl der Herren Malermeister Schmelzer, Pfarrer Bungarten, Lehrer Allenbach und Glasermeister Otto Meyer zu unbefol deten Beigeordneten der Stadt Saarbrücken nicht bestätigt, „angesichts der Haltung, die sie sowohl gegenüber der Regierungskommission wie auch gegenüber den durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen an den Tag gelegt haben“. Sie hat ferner die Bestätigung verweigert den Herren Lehrer Allenbach und Pfarrer Halle als Mitglieder des Schulausschusses, „da bei ihrer öffentlichen Tätigkeit keine erspriessliche Tätigkeit für die Schule zu erwarten“ sei. Sie hat schließlich nicht bestätigt die Herren Kraß und Dahmen als unbefol dete Beigeordnete von Reunkirchen und Dr. Max v. Bogelius als unbefol deter Beigeordneter von Sulzbach.

Es war zu erwarten, daß die Stadtverordneten von Saarbrücken und Reunkirchen diesen Eingriff in ihre Selbstverwaltung nicht ohne Protest entgegennehmen würden. In ihrer Sitzung vom 26. Februar nahm die Stadtverordneten-Versammlung von Saarbrücken eine Protestentscheidung an, in der es heißt:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, daß die öffentliche Tätigkeit der in Betracht kommenden verantwortlichen Mitglieder der Regierungskommission keinen sachlichen Grund zur Nichtbestätigung gibt und verwahrt sich dagegen, daß es ihr durch derartige lediglich von politischen Gesichtspunkten ausgehende Eingriffe der Regierungskommission unmöglich gemacht wird, die Männer ihres Vertrauens an die Stelle zu berufen, für die sich die betreffenden besonders eignen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht den Nichtbestätigten ihr Vertrauen aus und beschließt, sich beschwerdeführend an den Rat des Völkerbundes zu wenden.

Eine ähnliche Entscheidung wurde auch von der Stadtverordnetenversammlung in Reunkirchen gefaßt.

Die Maßnahme der Regierungskommission wurde von Pfarrer Halle in der fraglichen Stadtverordnetenversammlung treffend gekennzeichnet, wenn er ausführte:

Die Regierungskommission dreht nach dem Beispiel der französischen Verwaltung in der Pfalz den Spieß um, um die Schuldigen zu Unschuldigen und die Unschuldigen zu Schuldigen zu machen. Die Herren, deren Wahl beanstandet worden ist, haben mit ihrer Tätigkeit lediglich ausgedrückt, daß sie sich an den Versailler Vertrag halten wollen. In diesem Punkte stehen wir vollkommen hinter den Herren. Der Regierungskommission ist das Saargebiet zu treuen Händen übertragen worden, d. h. sie soll den Besitzstand des alten Besitzes so verwalten, daß nichts von dem Besitzstand abgetan wird. In Wirklichkeit hat hier durch die Regierungskommission eine französische Politik eingesetzt und die Herren sind nur deshalb nicht bestätigt worden, weil sie dieser französischen Politik entgegengetreten sind. Wir müssen aber ein für allemal betonen: Wir sind deutsch, wir haben ein deutsches Gewissen und dieses deutsche Gewissen zwingt uns zu unserer Stellungnahme. Im übrigen verlangen wir unbedingt, daß die Regierungskommission sich derartiger Eingriffe in rein städtische Angelegenheiten enthält. Was sie erreichen will, ist offenkundig, es zu erreichen, wird ihr jedoch unmöglich sein.

Stadtverordneter Karins: Es handelt sich um eine bewußte und beabsichtigte Maßregelung politischer Persönlichkeiten. Nur die Leute sind der Regierung angenehm, die in engster Fühlung mit dem Saarbund stehen. Wenn man Leute, die das Vertrauen von 99 Prozent der Bevölkerung hinter sich haben, maßregelt, so ist das ein Angriff auf die Ehrenhaftigkeit dieser 99 Prozent saarländischer Einwohner. Die Mitglieder des Völkerbundes werden dafür kein Verständnis haben, da solche Zustände in anderen Ländern einfach unmöglich sind. Präsident Rault hat in einer Aussprache erklärt, daß es das letzte Jahr sei, in dem er im Saargebiet bleibe. Wir müssen ihm auf jeden Fall das Zeugnis ausstellen, daß er der deutschen Sache im Saargebiet nicht geschadet hat!

*Manche jüdische Zionisten müssen Lachen!*



## Das Saarland in Ketten.

In welcher Weise in Frankreich für die französische Saarpolitik Propaganda gemacht wird, geht aus einer Mitteilung des „Journal des Débats“ hervor, das sich bekanntlich ganz besonders der Saarfrage annimmt. Danach wird demnächst eine neue Monatschrift unter dem Titel:

### „La Sarre française“

erscheinen, die sich allerdings weniger mit dem Saargebiet als solchem, sondern angeblich nur mit den am lothringischen Lauf der Saar liegenden Gebietsstreifen beschäftigen soll. In einem an die zukünftigen Leser dieser Zeitschrift gerichteten Schreiben sagt der Gründer der Zeitschrift, die Saar sei, obwohl sie auf deutsches Gebiet übertrete, französisch. Ihr Wasserlauf betrage 80 Kilometer französischer Erde. Diese Streife der alten lothringischen Erde sei, wie man wisse, deutsches Sprachgebiet, aber die Herzen seien nichtsdestoweniger französisch. Der Gründer der Zeitschrift ist ein Herr Paul Wilmoth aus Saargemünd. Der Redakteur des Blattes ist Herr Paul Bourjon. Dieser dürfte mit dem gleichnamigen Straßburger Korrespondenten des „Matin“ und des „Journal des Débats“ identisch sein, der sich häufig mit Saargebietsfragen beschäftigt.

Man sieht also: Frankreich versucht auf allen nur denkbaren Wegen für das Saargebiet Propaganda zu machen — man frage aber einmal in Deutschland nach, was dort für das Saargebiet geschieht.

Das französische Söldnerblatt berichtet über die

### französische Theaterjailon in Saarbrücken.

U. a. werden Gastspiele des Ensembles der „Comédie française“ und des „Théâtre de la Porte-Saint-Martin, l'Artevienne“ angekündigt bzw. besprochen. Aus früheren Erfahrungen weiß man, daß solche französische „Kulturpropaganda“ nicht vor sich gehen kann, ohne in wüste Beschimpfungen gegen Deutschland auszufallen. Aus Argentinien hat kürzlich eine solche französische Gesellschaft schleunigst abreißen müssen, weil man dort für solche „Kunst“ absolut kein Verständnis hat. Saarbrücken aber hält Herr Heinz für solche antideutsche „Kunst“ anscheinend für den geeigneten Boden. Auch die französischen Grubentapellen sollen jetzt der Saarbevölkerung französischen Geist einblasen.

Das Organ für Westpropaganda hat in seiner Redaktion anscheinend wieder eine Umgruppierung vorgenommen. Heinz Heinz zeichnet bescheidenerweise nicht mehr verantwortlich; er hat sich anscheinend ganz auf seine „Directeur“-Tätigkeit zurückgezogen. An seine Stelle hat ein Dr. E. Bodien die Verantwortung für den Handelsteil übernommen, während für das Feuilleton ein E. Ewert zeichnet, die Politik aber wird mit Besenstiel und Jauchendrüse durch „Herrn Lehrling“ W. Gebelin weiter gemacht. Es handelt sich durchweg um wackelige „Saarbündler“, welche „Charakter“-Eigenschaft sie um so deutlicher erkennen lassen, jeidern der Richter-Kurier

### offizielles Organ des „Saarbundes“

geworden ist. Jedenfalls erhielten die „Saarbündler“ ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

„Gemäß Beschluß des Vorstandes des Saarbundes vom 29. 12. 23 ist jedes Mitglied der Partei verpflichtet, unser Parteiorgan, den „Neuen Saar-Kurier“, zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt, durch die Träger zugestellt, pro Monat 4 Frs., durch die Post 4,50 Frs. Dafür werden von den Mitgliedern keine Beiträge mehr erhoben, vielmehr wird ein Teil des Abonnementspreises zur Bestreitung der der Partei erwachsenden Unkosten abgeführt. Es ist selbstverständliche Pflicht eines jeden Saarbund-Mitgliedes, überall für sein Parteiorgan einzutreten und um seine Verbreitung ständig bemüht zu sein, denn eine Partei kann ohne eine starke Presse ihre Ziele nicht erreichen. Der „Neue Saar-Kurier“ kämpft für uns und unsere Ziele! Bezieht deshalb sofort die Zeitungen des Hurra-Partiotismus, die Köhling- und Stinnes-Blätter, ab und leset nur unser Nachrichtenblatt, den „Neuen Saar-Kurier“. Der Vorstand. J. V.: Wittburg, Sekr.“

Wir wissen nicht, ob auf Grund dieses Rundschreibens die Abonnentenzahl des Organs für Wahlpropaganda bereits wesentlich über 233 hinausgegangen ist, wir wissen nur, daß das Söldnerblatt und seine Leser einander wert sind, denn welcher Art die

### „Saar-Separatisten“

sind, ergibt sich aus einer Meldung der „Saarbr. Ztg.“ Danach wurde auf der Grube Velsen kürzlich ein erst neu angelegter Bergmann, 17 Jahre alt, ungarischer Staatsangehörigkeit, als Dieb abgefaßt. Der Ungar war erst kürzlich aus Westfalen gezogen und war in dem Besitz eines Separatisten-ausweises, der aber nicht auf seinen Namen lautete. Der

Dieb wurde der Polizeiverwaltung Ludweiler übergeben, die ihn nach Völklingen ans Gericht abführte. Die „Saarbr. Ztg.“ fragt hierzu mit Recht: Wie kommt ein 17 Jahre alter Ungar in den Betrieb der Saargruben? Es sind doch im Saargebiet wahrlich Arbeitslose genug. Daß der junge Mensch im Besitz eines Separatistenausweises war, besagt genug.

Die „Westfäl. Ztg.“ schreibt: „In „geheimer Mission“ sprach bei den Fuhrunternehmern in St. Ingbert ein Vertreter des Saarbundes vor, um für denselben zu werben. Nach den Zielen des Saarbundes gefragt, erklärte er, „darüber darf man nichts sagen“. Wenn der Mann von sich aus auf Stimmenfang ging, um sich ein rotes Röschchen zu verdienen, dann ist ihm zu empfehlen, sich ein anderes Betätigungsfeld auszusuchen. Hier kann er mit dem Saarbund keine Geschäfte machen. Hat ihn aber die Grube geschickt, dann möge sie den Mann schleunigst in die Unfallversicherung aufnehmen, denn sein Geschäft ist hier für ihn mit allerlei Gefahren des Leibes verbunden.“

Und schließlich schreibt unter der Überschrift:

### „Saarbeamter und — Separatist“

die „Saarbr. Ztg.“: „Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist der saarländische Gerichts-Magistrat Ferdinand Schmidt, der zurzeit wegen Erkrankung aus dem saarländischen Justizdienst beurlaubt ist, bei der „autonomen Regierung der Pfalz“ als Justiziar und Ausweisungsbegleitet beschäftigt. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, ob die Regierungskommission von dieser Tätigkeit eines beurlaubten Beamten Kenntnis hat. Wir nehmen an, daß dies nicht der Fall ist, denn ein wegen Krankheit beurlaubter Beamter muß sich, wenn ihm eine Tätigkeit wieder möglich ist, seiner Behörde wieder zum Dienst zur Verfügung stellen. Da ihm zudem eine Nebenbeschäftigung nur nach Einholung einer besonderen Erlaubnis gestattet ist, ist nicht anzunehmen, daß diese Erlaubnis einem wegen Erkrankung vom Dienste beurlaubten Beamten gegeben werden könnte. Jedenfalls ist hier Anlaß gegeben, daß sich die vorgelegte Behörde mit der Tätigkeit des betreffenden Beamten, die mit dem Grunde seiner Beurlaubung sich nicht vereinbaren läßt, einmal näher befaßt.“

Sollte die Regierungskommission wirklich so ganz ununterrichtet gewesen sein von dieser Art Urlaubsbeschäftigung des Herrn Schmidt? Nach verschiedenen anderen Vorfällen wäre es durchaus denkbar, daß der Mann auf höhere Anforderung in die Pfalz beurlaubt wird, wo ja Frankreich auch verschiedene den französischen Saarinteressen ähnlich gelagerte Blätter betreibt!

### Die Zusammenarbeit zwischen Saarbündlern und Koblenz

Ist überhaupt schon mehrfach auffallend in Erscheinung getreten. Der Oberste Polizeiverwalter Adler scheint so nebenher noch Spigeldienste für Herrn Tirard zu leisten. Sein Brief wegen der Saarturner, die Bepfehlung der Saardelegation in Paris, das Durchreiseverbot für Dr. Köhling und so manches andere läßt sehr darauf schließen. Jetzt hört man von zahlreichen Verbreitungsverboten für saarndeutsche Zeitungen in den besetzten Gebieten. So wurden von der Rheinlandkommission im besetzten Gebiet verboten: die „Saarbrüder Landeszeitung“, die „Saarbrüder Zeitung“ auf je einen Monat, die „Saar-Zeitung“ auf 6 Tage. Begründungen zu den Verböten wurden selbstverständlich für überflüssig gehalten.

Frage: Hat Herr Adler diese Verböte veranlaßt?

Ähnlich ist es mit der

### Verhaftung eines geborenen Saarländers in Pöndau.

Es handelt sich um einen Beamten aus Berlin der sich auf der Rückreise aus dem Saargebiet befand, wo er an den Landesratswahlen als gebürtiger Saarländer teilgenommen hatte.

Der Beamte wurde nach Speyer gebracht und nach längerem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gegen den Bankbeamten Reinhold Eneich in Mittelbergbach war von dem Obersten Polizeiverwalter die Ausweisung verfügt worden. Diese Ausweisung wurde aber wieder zurückgenommen und dem Beamten der Aufenthalt wieder gestattet.

### Das Durchreiseverbot für Hermann Köhling aufgehoben.

Wie erinnerlich, war vor mehreren Monaten dem Abgeordneten des Landesrats Dr. Köhling und drei Bürgern aus Homburg das Betreten des besetzten Gebietes durch die Interalliierte Rheinlandkommission untersagt worden. In dieser Angelegenheit wurden dem Völkerbunde zwei Denkschriften überreicht unter Berufung darauf, daß den Bewohnern des Saargebietes die freie Durchreise durch das besetzte Gebiet durch den Versailler Vertrag gewährleistet sei. Eine grundsätzliche Entscheidung dieser Frage



wäre wünschenswert gewesen, doch ist die Rheinland-Kommission dem zuvorgekommen und hat das Verbot aufgehoben, wie aus einem am 21. Februar an den Abgeordneten Dr. Röbling gelangten Schreiben der Obersten Polizeiverwaltung hervorgeht. Die Durchreise ist unter der Beschränkung erlaubt worden, daß die Bahnhöfe im besetzten Gebiet nicht verlassen werden.

#### Die französische Kapitalflucht

als Folge des Frankensturzes hat Rückwirkungen auch auf das Saargebiet. Um die Abwanderung französischer Geldnoten ins Ausland zu verhindern, hat Frankreich scharfe Grenzbestimmungen erlassen, die besonders auch an der Grenze der besetzten Gebiete scharf gehandhabt werden. Jede Ausfuhr von Franken ins unbesetzte Gebiet wurde verboten, Zahlung öffentlicher Abgaben an deutsche Behörden untersagt u. s. f. Wie schnell haben sich die Verhältnisse geändert! Leidtragende sind hierbei auch die Saar-Deutschen, die sich nach dem unbesetzten Deutschland begeben wollen. In zahlreichen Fällen sind sie an der Grenze des besetzten Gebiets angehalten und ihrer Frankenbeträge beraubt worden. Schließlich hat aber die Rheinlandkommission Bestimmungen getroffen, daß Personen, die aus dem Saargebiet kommen und durch das besetzte Gebiet nach Holland oder dem unbesetzten Deutschland reisen, einen Betrag bis zu 5000 Frs. mitnehmen können. Sie müssen jedoch beim Grenzübergang aus dem besetzten Gebiet im Besitz einer Bescheinigung sein, daß sie das Geld ins besetzte Gebiet eingeführt haben. Diese Bescheinigung wird von der Zollstelle des Eintritts ins besetzte Gebiet ausgestellt.

Trotz aller Proteste befindet sich französische Besatzung noch immer im Saargebiet. Wie sich diese Herrschaften dort benehmen, geht aus einer Veröffentlichung in der „Saarbrücker Zeitung“ unter der Überschrift:

#### Der Bürger-„Schuß“ durch die französischen Soldaten

hervor: Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, das Verhalten der französischen Militärpersonen etwas näher zu beleuchten, die anscheinend über ihre „Beschützer-Mission“ im Saargebiet nur mangelhaft unterrichtet sind. Zu dieser Sorte gehören offenbar die Rowdys im Waffenrock, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag in der Werderstraße zu Saarbrücken 1 einen derartigen Skandal vollführten, daß sämtliche Anwohner aus dem Schlafe geschreckt wurden. Die Kerle machten ihrem Herzen nicht nur durch Töhlen und Schreien, sondern vor allem durch den ganz neuartigen Sport Lust, mit dem Stiefel gegen die Haustüren zu hockern. So ist z. B. die Haustüre des Hauses Nr. 37 diesem Sport ausgiebig unterzogen worden, was den Standalmachern noch außerordentlich imponierte. Aber nicht genug damit: als Abschluß des Radaus gaben die Herrschaften blindlings einige Revolverküsse in die Straße ab, die das größte Unglück hätten anrichten können. Nach dem Abzug der Soldaten wurde von Anwohnern ein unabgefeuertes Geschöß am Tatort gefunden, das sicherlich aus einem Rahmen herausgefallen ist. Das corpus delicti befindet sich auf unserer Redaktion und steht der französischen Gendarmerie zu Nachforschungen zur Verfügung. Obwohl in der Presse schon wiederholt auf Schießereien französischer Militärpersonen hingewiesen worden ist, hat man bis jetzt noch nichts von einer gelungenen Ermittlung oder gar Bestrafung der Täter vernommen. So etwas wäre bei dem vielgeschmähten, aber mustergültig disziplinierten deutschen Heere einfach unmöglich gewesen. Vor allem könnten der französischen Militärverwaltung die strengen Waffenvorschriften des deutschen Heeres vorbildlich sein, die ein scharfes Verbot an Militärpersonen enthielten, mit geladener Waffe herumzulaufen. Sogar während des Krieges war es den deutschen Soldaten im besetzten Gebiet bei strenger Strafe verboten, Munition mitzunehmen und zumeist mußte im Ruhequartier mit der Munition auch die Schußwaffe abgegeben werden! Vielleicht kümmert sich die Regierungskommission etwas darum, diesem vernünftigen Brauch auch im Völkerbundsgebiet an der Saar fünf Jahre nach Kriegsende mehr Geltung zu verschaffen, damit der friedliche Bürger nicht Gefahr läuft, von einer zur Lustbarkeit abgefeuerten Kugel eines Tages über den Haufen geschossen zu werden.

Es ist schon mehrfach über die geradezu

#### verbrecherische Wohnungspolitik der französischen Bergverwaltung

geschrieben worden, die darin besteht, daß sie Häuser aufkauft und dann die Bewohner des Hauses ohne Recht und Gnade unter Umständen gewaltsam auf die Straße setzt. Und die Regierungskommission lacht — Verzeihung, schweigt dazu. Denn hier geht die Rechts- und Vertragsverletzung von einer französischen Behörde aus und sie richtet sich gegen die vogelfreien, rechtslosen Boches. Was sollte sich die französische Regierungskommission

darum kümmern, das liegt nicht im Interesse Frankreichs. Nach Mitteilungen der „Saarbrücker Zeitung“ sind von der Bergverwaltung oder durch Zwangsurteil etwa 40 Familien aus ihren bisherigen Wohnungen entfernt worden, ohne daß ihnen eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt werden konnte. Vor der Zwangsvollstreckung stehen weiterhin noch die Bewohner von etwa 20 Wohnungen, die ebenfalls ohne andere Wohnmöglichkeiten geräumt werden müssen. So soll z. B. das Haus Kanalstraße 30 in Saarbrücken, in dem vier Familien untergebracht sind, bis zum 1. April von den Bewohnern verlassen werden. Das durch solche rechtswidrigen Methoden hervorgerufene Elend der An- fassen der zusammengelegten Wohnungen ist bekannt. Geradezu skandalös aber ist es, wenn eine Familie drei Monate lang in einem Autoschuppen der Waldstraße hausen muß, wobei bei einem Besuch ein Kind stark frierend aufgefunden wurde, oder wenn eine Frau in einem Flur niederkommen muß.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, einmal das Schicksal der

#### von der Regierungskommission beschlagnahmten Wohnungen

zu verfolgen. In der Hohenzollernstraße 61 steht eine Wohnung mit zwei Zimmern und einer Küche seit längerer Zeit unbenutzt, weil der Inhaber (ein französischer Zollbeamter) im Ruhrgebiet Dienst tut und also für diesen Herrn wahrscheinlich auch an seiner neuen oder vorübergehenden Wirkungsstätte eine deutsche Wohnung beschlagnahmt worden ist. In der Meherstraße 38 steht in der 2. Etage seit einem halben Jahre eine Wohnung frei, die für einen Regierungsbeamten beschlagnahmt, bis jetzt aber noch nicht bezogen worden ist. In der Meherstraße 45 hat eine beschlagnahmte Wohnung fünf Monate leer gestanden, bis sie bezogen wurde. In der Hochstraße 37 ist eine Wohnung mit 3 Zimmern, Küche und Mansarde seit November unbewohnt, ebenso am Schloßberg 11 eine Wohnung (2 Zimmer und Küche) seit sechs Monaten und in der Schumannstraße 16 seit drei Monaten. Man darf angesichts des großen Wohnungselends hier wohl mit Recht Recht von einem Mißbrauch der Beschlagnahmungen sprechen, der dringende Abstellung erheischt. Es geht wirklich nicht an, Wohnungen über den Bedarf hinaus ziel- und wahllos zu beschlagnahmen, zumal die Bürgerschaft von der Wohnungsnot gerade mehr als genug heimge sucht und bedrückt ist.

#### Ein treffende neutrale Kennzeichnung des „Saarbundes“.

Das „Journal de Genève“ schreibt in einem eigenen Bericht über die Saarbahlen:

„Man kann trotz der Förderung, die ihm die Regierungskommission zuteil werden ließ, nicht sagen, daß der „Saarbund“ für die politischen Parteien gefährlich wurde. Die Wahlen vollzogen sich immerhin zum Teil unter dem Losungswort: „Keine Stimme den Vaterlandsverrättern, den unwürdigen Franzosenfreunden, welche die Zuträger des französischen Imperialismus sind!“ Und es hat sich gezeigt, wie sehr völkisch die Verwaltung der Regierungskommission ist, welcher im Namen des Völkerbundes Herr Rault vorsteht. Die verschiedenen politischen Parteien hatten sogar einen Augenblick daran gedacht, gemeinsame Sache zu machen und nur eine einzige Liste aufzustellen, um die Gegnerschaft gegen Frankreich noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen.

Der Regierungskommission ist es also nicht gelungen, trotz aller Einmischung, den allgemeinen Geist der Bevölkerung zu beeinflussen, die mehr und mehr ihre Hingabe an das Reich und ihre Feindschaft gegen Frankreich bekundet. Diese Wahlen haben einen rein nationalen Charakter: Die Saar ist deutsch, und im Augenblicke der Volksbefragung 1935 wird die Meinung kaum verändert sein, denn man wechselt das Gemüt eines Volkes nicht in zehn Jahren aus, mag man auch der geschickteste aller Verwalter sein.

Hierzu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

Dieses Urteil ist bemerkenswert wegen der Stelle, an der es erscheint. Denn das „Journal de Genève“ wird sonst an Gehässigkeit des Tones und des Urteils gegen Deutschland kaum von der wildesten Pariser Bloc-Presse übertroffen. Außerdem ist das Blatt allerdings das Organ des Völkerbundes, das sich vielleicht nach diesen Wahlen doch seiner Pflichten gegen die vergewaltigten Saarpfeulen endlich etwas gewissenhafter erinnern und sich im Gegensatz zu der im Namen des Völkerbundes amtierenden Polincaré-Kreatur Rault darauf besinnen wird, daß „die Saar deutsch ist“.



## Kleine Tageschronik.

### Die „Saarland“ auf ihrer ersten Auslandsreise.

Die Ausgestaltung der Passagierfahrt nach China und Japan ist eines der neueren Ziele der Hamburg-Amerika-Linie. Nachdem die Reederei bereits vor längerer Zeit mehrere vorwiegend der Frachtbeförderung dienende Motorschiffe und Dampfer mit kleiner Passagiereinrichtung in die Ostasienfahrt einstellen konnte, hat sie kürzlich mit dem Dampfer „Oldenburg“ ein Schiff auf den Weg nach dem Fernen Osten gebracht, das eine größere Anzahl Passagiere aufnehmen vermag. Neuerdings ist nun ein weiteres Schiff dieser Art, der 7000 Br.-Reg.-T. große Turbinendampfer „Saarland“, fertiggestellt und nach erfolgreicher Probefahrt in die Ostasienflotte der Hamburg-Amerika-Linie eingereiht worden. „Saarland“ bietet in geräumigen und modern eingerichteten Kabinen über 50 Fahrgästen vorzügliche Unterkunft; ein bequemer Speisesaal, ein gemütliches Rauchzimmer und ein elegantes Damenzimmer geben ausreichend Gelegenheit zur Entfaltung geselligen Bordlebens. Ein ausgedehntes Promenadendeck, eine Schiffsbibliothek in deutscher und englischer Sprache und anderes mehr vervollständigen die Passagiereinrichtungen. „Saarland“ hat Anfang Februar von Hamburg aus ihre erste Reise nach dem Fernen Osten angetreten.

**Radio im Saargebiet.** Nachdem die Radiotelephonie in Deutschland in kurzer Zeit weitest Verbreitung erfahren hat und alljährlich durch den Deutschen Rundfunk in Berlin Konzerte, Vorträge, politische und Wirtschaftsnachrichten über ganz Deutschland gesandt werden, hat man sich auch im Saargebiet ernsthaft mit der neuesten Errungenschaft der Technik beschäftigt. In Saarbrücken hat sich ein „Saar-Radio-Klub“ gebildet, der seine Mitglieder durch theoretische Vorträge und praktische Vorführungen mit dem Geheimnis der Radiotelephonie vertraut zu machen sucht. Allerdings hat sich auch hier die Regierungskommission schnellstens der Sache bemächtigt, damit sie sich nicht zu einer neuen Verbindungsmöglichkeit mit Deutschland auswächst. Im Saargebiet sind selbstverständliche nur französische Radio-Apparate zugelassen. Die Genehmigung, einen Radio-Empfänger aufzustellen, wird nur nach genauer Prüfung der politischen Zuverlässigkeit erteilt u. s. f. Es ist aber dennoch zu hoffen, daß das Saargebiet demnächst in die Reichweite deutscher Radio-Wellen gelangen wird, wenn nämlich die neuen Sendestationen in Frankfurt a. M. und in Stuttgart in Betrieb genommen sein werden, was wahrscheinlich mit dem 1. April der Fall sein wird. Wenn die genannten Anlagen fertiggestellt sein werden, wird das ganze Gebiet zwischen Frankfurt und Stuttgart und zwischen Ansbach und Saarbrücken den Frankfurter wie den Stuttgarter Sender gleichzeitig empfangen können.

**Ein weiterer Transport erholungsbedürftiger deutscher Kinder** ist im Saargebiet angekommen und in Saarbrücken, Kiegelsberg und Sulzbach untergebracht worden. Die Kinder, 100 an der Zahl, kamen aus Magdeburg; die Aufnahme in Saarbrücken war ebenso herzlich wie diejenige der bisherigen Transporte.

**Saarbrücken.** Die Einweihung eines Kriegerdenkmals fand am 17. Februar in der Kirche St. Jakob, Saarbrücken 1, statt. Sie wurde vorgenommen von Pastor Schlich. Die Gedächtnisrede hielt in formvollendetester, die Herzen tief ergreifender Weise Herr Studienrat Hein-Saarlouis. Er schilderte die heiligen Pflichten gegenüber den Gefallenen, die ihr Höchstes und Bestes für Volk und Heimat hingegeben haben; daraus leitete er die ersten und tiefsten Mahnungen her, welche die Opfer des Krieges und besonders die 224 Namen, die auf der Gedenktafel in St. Jakob eingegraben sind, an uns und die künftigen Generationen, besonders an die heranwachsende Jugend richten: Die Treue zu halten, die sie gehalten und für die sie gestorben sind. Treue dem Glauben und der Kirche, Treue ihrer Familie, ihrem Volk und Vaterland — Durch einen Schuß schmerzte wurde ein junges Mädchen aus der Mosellestraße, das in vorgerückter Abendstunde auf dem Nachhausewege von Spichern über den großen Exerzierplatz ging und einem dort befindlichen französischen Posten zu nahe kam. Dieser schoß, als er auf seinen Anruf keine genügende Antwort erhielt, und verletzte das Mädchen schwer. Es konnte sich mühsam bis zu einer Wirtshaft in Ehrenthal schleppen, von wo aus es durch die Sanitätswache nach dem Rappertsberg-Krankenhaus gebracht wurde. Auch dieser Fall zeigt wieder, wie gering französischerseits ein deutsches Menschenleben eingeschätzt wird. — Nach einer Aufstellung der hiesigen Polizeidirektion sind im vergangenen Jahre folgende Festnahmen erfolgt: 497 wegen verschiedener Verbrechen, 2888 wegen Vergehen und 2211 wegen Uebertretungen von Polizeinormen. Vorübergehend festgenommen wurden: 398 Personen wegen Vergehen und 3984 wegen Uebertretungen. Die Zahl der Anzeigen war außergewöhnlich groß; sie überschritt die Zahl 15 000, und zwar wurden zur Anzeige gebracht 7807 Personen wegen Uebertretungen, 6532 wegen Vergehen und 718 wegen Verbrechen aller Art. — Die Bevölkerungszahl Saar-

brückens betrug Ende Januar 1924: 122 295, die Zunahme 374 bei einem Geburtenüberschuß von 134. — Die Stadt Saarbrücken hat ein Preisauschreiben unter saarländischen Malern und Graphikern zur Erlangung von Gemälden und Graphik zur Ausschmückung von Räumen im Neubau des Rathauses erlassen. Berechtigt an der Teilnahme sind auch solche Künstler, die im Saargebiet geboren sind, jetzt aber außerhalb des Saargebiets sich aufhalten. — Am 7. Februar wurde in Saarbrücken ein Orchesterverein gegründet unter Leitung des Obermusikmeisters Schulz, dem bereits 35 Musiker angehören. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, gute Musik zu pflegen und größere Konzerte zu geben.

**Sulzbach.** Ein Unbekannter hielt in der Dunkelheit auf dem Wege zwischen Sulzbach und Dudweiler zwei Schulmädchen im Alter von 11 und 12 Jahren an und schnitt ihnen die Zöpfe ab. Es gelang noch nicht, den Täter zu ermitteln, da er nach dem Attentat in den Wald flüchtete.

**Eppelborn.** In dem kleinen Orte Nacherbach hatte sich eine 11jährige Schülerin vor Anfang des Unterrichts in den Schulsaal begeben, um sich zu wärmen. Die Kleider flingen am Ofen plötzlich Feuer, und ehe noch jemand zu Hilfe eilen konnte, hatte das Kind schwere Brandwunden erlitten.

**Wemmetweiler.** Die Wasserversorgung der Gemeinde, die früher eine trostlose war, ist nunmehr durchaus sichergestellt. Die seinerzeit von dem Rutengänger Herrn Oberleutnant a. D. Heine mann am Zehnwellerberge angegebene unterirdische Quelle ist nunmehr in 22 Meter Tiefe von der Firma Clemens Brebach erbohrt und gibt nach vorsichtiger Schätzung 42 Sekundenliter, also etwa 320 Kubikmeter täglich. Die Quelle liegt 360 Meter ü. M.

**Neunkirchen.** Die Bevölkerungszahl hat im vergangenen Monat wieder eine kleine Zunahme erfahren. Anfang Januar war ein Stand von 39 754 Personen zu verzeichnen, Ende des Monats von 39 864. Abgesehen von dem Geburtenüberschuß sind 56 Personen mehr zu- als fortgezogen.

**Dillingen.** Die Bevölkerungszahl der Bürgermeisterei ist im Monat Januar auf 12 485 gestiegen. Hiervon entfallen auf Dillingen 9335, auf Pachten 3510 Personen.

**Düppenweiler.** Die Düppenweiler Gemeindejagd, die jetzt wieder zur Verpachtung kam, wurde von mehreren Gastwirten von Saarlouis für 18 100 Frs. gepachtet.

**Saarlouis.** Der Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Allgemeine Ortskrankenkasse ist hier geplant. Die Ausschreibung der Arbeiten ist bereits erfolgt.

**Bedingen.** Die hiesige Freiwillige Feuerwehr kann in diesem Jahre auf ihr 50jähriges Bestehen und Wirken im Dienste der Allgemeinheit zurückblicken. Das Stiftungsfest, das gleichzeitig verbunden wird mit dem zweiten Kreisverbandstag des Feuerwehrverbandes des Kreises Merzig, ist auf den 20. Juli festgelegt.

**Niederfalsbach.** Eine rohe Tat ließ sich der Bergmann Adersmann zuschulden kommen. Er mißhandelte seine Frau derart, daß sie verstarb. A. befindet sich in Untersuchungshaft.

**Losheim.** Die Autoverbindung zwischen den Grenzorten Losheim und Wabern ist wieder aufgenommen worden, nachdem sie seinerzeit wegen Unrentabilität eingestellt worden war. Es finden täglich zwei Fahrten statt.

**St. Ingbert.** Frau Bahnverwalter Eißler hier beging am 21. Februar in geistiger und körperlicher Frische ihren 88. Geburtstag. — Im Alter von mehr als 80 Jahren ist das langjährige Stadtratsmitglied, Rentner Weidmann, gestorben. Herr Weidmann war noch einer vom alten Schrot und Korn, und wegen seines offenen und ehrlichen Charakters allgemein beliebt und geachtet. — Die Stadt St. Ingbert hatte die Stelle eines Plurausschreibers ausgeschrieben. Es haben sich darauf nicht weniger als 68 Bewerber gemeldet.

**Homburg.** Der Stadtrat beschloß an Stelle des in die Zentralverwaltung berufenen Dr. Glaser einen Berufsbürgermeister anzustellen. In der Zwischenzeit wird ein Stadtrat, Weber, von der Volkspartei, ehrenamtlich die Geschäfte führen. Er hat die Wahl angenommen.

**Bierbach.** Ein schweres Unglück ereignete sich auf dem Bierbacher Bahnhof. Der 24 Jahre alte ledige Bergmann Albinus Beder aus Oberwürzbach wollte dort in den Arbeiterzug nach St. Ingbert einsteigen, verlor dabei aber seine Fahrkarte. Während des Suchens nach der Karte kam der Zug ins Fahren, Beder sprang ab und geriet dabei auf unaufgeklärte Weise unter den entgegenkommenden Saargemünder Zug, wobei ihm der Kopf abgerissen wurde.

**Böfllingen.** Die Errichtung einer gewerblichen Berufsschule ist hier geplant. Zu diesem Zwecke wurde ein Haus in der Schulstraße zum Preise von 103 000 Franken von der Gemeinde abgekauft.

**Rebach.** Im nahen Hüttersdorf brach im Anwesen einer Witwe ein Brand aus. Das Wohnhaus nebst Scheune brannte nieder. Der Schaden ist sehr groß, da die Frau nur gering (noch in Markt) versichert ist.



## Personalnachrichten.

„Der beste Kenner der Flora Rheinlands und Westfalens“, Dr. F. Wirtgen, ist im Alter von 76 Jahren am 26. Januar in Bonn gestorben. Ihm widmet als großen Saarbrücker Studienreferendar Maria Lehnert in der „Saarbr. Landesztg.“ eine kurze Lebensbeschreibung, die auf die Bedeutung des Verstorbenen eingeht. Dr. Fd. Wirtgen war am 7. Januar 1848 zu Winningen a. d. Mosel geboren als Sohn des weit über die Grenzen Europas hinaus bekannten Botanikers und Lehrers Dr. Ph. Wirtgen. Dr. F. Wirtgen studierte Pharmazent und erwarb die Marktapotheker in St. Johann. Als Bürger der Stadt bekleidete er mehrere Ehrenämter. Er war vermählt mit Helene Pfeiffer, einer Saarbrückerin, in zweiter Ehe mit Anna Kunz, auch einer Tochter des Saarlandes, die ihm Mitarbeiterin, dann durch viele Jahre hindurch treue Pflegerin war. In den neunziger Jahren zog er sich aus seinem Berufe zurück, um sich ganz seinen botanischen Studien zu widmen. In seiner Naturbeobachtung, im großen wie im kleinen, war er geradezu ein Genie. Seine Studien galten unserer westdeutschen Flora, konzentrierten sich immer mehr auf die Gattungen Rosa, Mentha, Epilobium, zuletzt aber ausschließlich auf das große Gebiet der Farne (Pteridophyten). Hier galt F. Wirtgen unbedingt als Autorität; mit fast allen damals bekannten Farnkennern und -forschern stand er in Verbindung, sein Rat und seine Kenntnis wirkten entscheidend in manch schwierigen Fragen.

Auch um unsere westdeutsche und speziell Saarbrücker Flora hat sich Wirtgen unvergängliche Verdienste erworben. Leider war es ihm nicht vergönnt, die Ergebnisse seiner jahrelangen Forschungen noch zu veröffentlichen. Als Folge seiner unermüdlichen, rastlosen Arbeiten stellte sich eine schleichende Krankheit ein, die ihm schließlich die Feder aus der Hand nahm. In seinem Doktordiplom nannte ihn die philosophische Fakultät der Universität Bonn „den besten Kenner der Flora Rheinlands und Westfalens“. Ihn zu den Unrigen zählen zu können, darauf darf Saarbrücker stolz sein.

Pfarrer Rauch in Bliaweller. Am 13. Februar ist der katholische Pfarrer Rauch in Bliaweller, im Alter von 57 Jahren, gestorben. Er wurde 1893 in Speyer zum Priester geweiht und erhielt seine erste Stelle als Kaplan in Bliaweller, wo auch seine letzte Stelle als Seelsorger sein sollte. Sein Streben war darauf gerichtet, daß es jedem seiner Pfarrkinder möglich gemacht wurde, seine Christenpflichten zu erfüllen. Daher sorgte er dafür, daß die Filialisten in Bliaweller, welche sonst nach Bliaweller zur Kirche mußten, ein eigenes Bethaus unter großen Opfern bauen konnten. In seiner Gemeinde hatte er sich die Liebe seiner Pfarrkinder in weitestem Maße erworben, was in der überaus zahlreichen Beteiligung bei seiner Beerdigung zum Ausdruck kam.

Rechtsmeister a. D. Paul Simon in Sulzbach ist im Alter von 62 Jahren unerwartet verstorben. Er war circa 28 Jahre ununterbrochen als Gemeinderatsmitglied im Dienste der Gemeinde Sulzbach tätig. Im Jahre 1919 konnte er sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Am 1. April 1922 trat er in den Ruhestand.

Zum Direktor des Allgemeinen Oberversicherungsamtes für das Saargebiet wurde Regierungsrat Hartmann ernannt.

Aus den Kommunalverwaltungen. Der frühere Bürgermeister aus Spleßen, Nicola, dem die kommissarische Verwaltung der Bürgermeisterei Dillingen übertragen war, ist als Bürgermeister von Dillingen endgültig ernannt worden.

Der älteste Beamte des Gießhahnenwerks in Burbach ist der Materialienverwalter J. Reichert, der bereits 1887 Beamter auf der Burbacher Hütte war, und nach einem Leben treuer Arbeit nunmehr das 70. Lebensjahr vollendet hat. Seit Bestehen des Gießhahnenwerks Burbach, das jetzt 25 Jahre in Betrieb ist, gehörte er diesem Werke an. — Mehr als vierzig Jahre ist die Margarete Permen aus Thelen bei der Familie Hohl in St. Wendel in Diensten.

Goldene Hochzeiten. Das seltene Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Selbel in Heiligenwald. Der Jubilar, der 32 Jahre Bergmann war, zählt heute 74, die Jubilarin 77 Jahre. Ferner der pensionierte Magazinaufseher Adolf Seyler und seine Frau, geb. Kling, in Jenne. Die Jubilare stehen im 73. Lebensjahre. Weiter die Eheleute Johann Schäfer in der Schillstraße zu Malskatt, sowie Johann und Barbara Zimberaer in Neilsingen.

Die silberne Hochzeit feierten die Eheleute Johann Buchmann und Wilkenbacher in St. Ingbert und Jakob Kreber in Burbach.

Seinen 80. Geburtstag konnte der Fabrikant Heinrich Martin in St. Ingbert, begehen. Noch immer steht der alte Herr mitten im Betrieb. Daß die Pfälzischen Pulverfabriken A.-G. St. Ingbert heute einen so hervorragenden Platz in der deutschen chemischen Industrie einnehmen, ist nicht zum geringsten Teil sein Verdienst.

## Kirche und Schule.

Umwandlung des Ottweiler Seminars. Anfang April d. J. blickt die Seminaranstalt für Volksschullehrer in Ottweiler ihren Charakter als einer speziellen Lehr- und Bildungsanstalt ein; gleichzeitig wird auch die neben dem Seminar bestandene Präparandie aufgelöst. In Zukunft wird die Anstalt in eine allgemeine Studienanstalt umgewandelt sein, bei deren Lehrplan alle gelehrten Berufe, sowie technische, in Betracht gezogen sein werden. Auch „Vorbereitung“ für den Beruf des Volksschullehrers ist nicht ausgeschlossen, da eine Fachausbildung in besonderen Kursen folgen kann.

Die evangelische Kirchengemeinde Hedingen hat Aussicht, in der nächsten Zeit von der Kirchengemeinde Bischmisheim abgezweigt zu werden und einen eigenen Pfarrer zu erhalten. Die kirchliche Vertretung hat einen dahingehenden Antrag gestellt. Hinderlich für die Selbstständigmachung war der Wunsch des Gemeindevorstands Neufelingen, mit Brebach kirchlich vereinigt zu werden, doch ist dieses Hindernis nunmehr beseitigt. Die Evangelischen zu Neufelingen haben fast einstimmig auf diesen Plan verzichtet. Die Kirchengemeinde Hedingen zählt über 2000 Seelen. Als Pfarrhaus soll das alte Schulhaus unter der Kirche umgebaut werden. Seit Dezember hat die Gemeinde einen Hilfsprediger in Herrn G e u t h e r aus Saarbrücken erhalten und durch ihre Vertretung einstimmig den Wunsch ausgesprochen, die Kirchenbehörde möchte denselben zum Pfarrer der Gemeinde berufen. In den Notzeiten des Dreißigjährigen Krieges ist Hedingen, das vorher eine eigene Pfarrei war, mit Bischmisheim verbunden und von dort aus verwaltet worden.

Mit der Errichtung der gewerblichen Fortbildungsschule in Sulzbach ist ein langgehegter Wunsch des Handwerkerstandes in Erfüllung gegangen. Die Sulzbacher Schule kann nach dem Urteil der Fachleute in bezug auf ihre Einrichtung als eine der besten und vorbildlichen bezeichnet werden.

## Die wirtschaftliche Krise an der Saar.

In unserer letzten Nummer wiesen wir auf Grund der aus dem Saargebiet vorliegenden Nachrichten darauf hin, daß infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer, unter denen das französische Kapital bekanntlich vorherrscht, eine rente Krise unvermeidlich scheint. Die Lage hat sich kaum wesentlich gebessert, vielmehr ist die Stimmung unter der Saararbeitserschaft infolge der ständig steigenden Teuerung und der brüskierten Ablehnung von Lohnerhöhungen seitens der französischen Bergverwaltung noch gereizter geworden. Von der Industrie ist zudem der geradezu unbegreifliche Versuch gemacht worden, mit Hilfe der Regierungskommission einen Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, da diese eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter vorgenommen hat. Auch die Gehaltsforderungen der Industriearbeiter, die eine Umstellung ihrer Gehälter auf die Goldmarkgrundlage verlangt hatten, sind alle abgelehnt worden. Die Lage der staatlichen Beamten und Arbeiter ist sehr schwierig. Die Verhältnisse werden von Tag zu Tag unhaltbarer; die Gewerkschaften haben daher die Regierungskommission um eine Aussprache gebeten. In einer Eingabe wurde betont, daß eine neue Wirtschaftskatastrophe ähnlich derjenigen während des Bergarbeiterstreiks im vorigen Jahre drohe, wenn die Arbeitserschaft nicht zur Katastrophe abgelenkt sei.

Die Bepfändung bei der Regierungskommission fand am 12. Februar statt. Das Ergebnis war: die Regierung hat keinen Einfluß auf die Privatunternehmer. Insbesondere nicht auf den französischen Staat als Besitzer der Saararuben. Anstatt, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben aufgebessert werden, sollen hier über 1000 Mann zur Entlassung kommen. Als einziges Mittel, die unhaltbar gewordene Lage zu beseitigen, empfehlen Bergverwaltung und Regierungskommission Abbau der Breite, da nach ihrer Ansicht die Kaufmannschaft, die nur aus Deutschen besteht, zuviel verdient. Die Pläne, die damit verfolgt werden, sind vollkommen klar. Frankreich möchte aus dem Saargebiet allmonatlich gewaltige Verdienste als Reparationen herauspressen, während man die schaffenden Schichten, die Erhöhung ihrer Löhne verlangen, gegen die Kaufmannschaft zu heken versucht. Auf die Bemerkung der Gewerkschaftsführer, daß falls nicht in den nächsten Tagen Lohnsteigerungen eintreten würden, eine Katastrophe unvermeidlich sei, konnte Präsident Rault nur erwidern, daß sich dann die Lage für die Gesamtbevölkerung des Saargebiets weiter verschlechtern werde.

Die ganze Bewegung läßt mit aller Deutlichkeit die Absicht Frankreichs erkennen. Es denkt nicht nur an eine Ausbeutung der Saararuben, sondern es hofft und ist auf dem besten Wege dazu, die gesamte Saarbevölkerung auszuheuten.



## Die Regierungskommission zu den Forderungen der Arbeitervertreter.

Bei den Verhandlungen der Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierungskommission über die schwebenden Lohnfragen im Saargebiet, die am 12. Februar stattfanden, war von den werkschaftsvertretern angeregt worden:

1. Eine Instanz mit der sofortigen schiedsrichterlichen Beilegung des Konfliktes zu betrauen und die Möglichkeit von Verbindlichkeitserklärungen zu schaffen.

2. Die Regierung möge sofort eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit vornehmen, um dadurch den Achtstundentag zu sichern.

3. Die geplanten Entlassungen von 1100 Staatsarbeitern seien zu inhibieren.

Die Regierungskommission hat ihre Stellungnahme den Gewerkschaftsführern unter dem 14. Februar mitgeteilt, die dahin geht:

1. Die Regierungskommission kann sich die Ansichten der Kartellvertreter nicht zu eigen machen, welche sie um die Bildung einer Schiedsstelle zur Regelung von Arbeits- und Lohnfragen ersuchen, dessen Entscheidungen einen verbindlichen Charakter haben sollten. Sie ist überzeugt, daß die Einrichtung einer solchen Schiedsstelle zu der Aufhebung des Streik- und Koalitionsrechtes der Arbeiter führen müßte.

Die Regierungskommission hat aber die Absicht, die bereits angestellten Prüfungen weiter zu verfolgen, um die im Saargebiet bereits erlassenen Bestimmungen, betr. das Vermittlungsverfahren und den Schiedspruch — ohne verbindlichen Charakter — in Arbeits- und Lohnfragen zu vereinheitlichen und zu verbessern.

2. Die Regierungskommission erinnert daran, daß der Achtstundentag im Saargebiet tatsächlich angewandt und eingehalten werde.

Die Regierungskommission ist geneigt, die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes ins Auge zu fassen, welches den Grundsatzen des Achtstundentages festlegen würde, jedoch unter Zuhilfenahme gewisser Abweichungen, welche die geographische wie wirtschaftliche Lage des Saargebietes notwendig machen würde. Sie ist überzeugt, daß die Arbeiterschaft mit ihr einsehen werde, daß nichts mehr den Arbeiterinteressen schaden würde als eine solche Arbeitsregelung, durch welche das Saargebiet außerstande gesetzt würde, den Wettbewerb mit den Nachbarländern aufzunehmen und seine Erzeugnisse auszuführen.

3. Was die vorgesehene Entlassung von Eisenbahnpersonal betrifft, so wird diese zum allergrößten Teil zu einem Zeitpunkt stattfinden, an welchem die Arbeitsgelegenheiten günstiger sein werden.

Es werden Maßnahmen ergriffen, um nach Möglichkeit den entlassenen Arbeitern eine neue Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

### Personalabbau bei den Saarbahnen.

In dem Haushalt der saarländischen Bahnen ist vorgesehen, daß im laufenden Jahre etwa 1100 Eisenbahnarbeiter entlassen werden sollen. Der Abbau soll in der Weise erfolgen, daß bis zum 1. April 400 Arbeiter entlassen werden sollen. Bei der Entlassung kommen zunächst die Kräfte in Frage, die während und nach dem Kriege eingestellt worden sind.

Als am 8. d. M. von der Regierungskommission die Verfügung betr. Entlassung von 900 Arbeitern herauskam, wurde sofort von den drei vertragschließenden Gewerkschaften zuerst bei der Eisenbahndirektion und darauf bei der Abteilung Öffentliche Arbeiten gegen die Entlassungen protestiert. Da bis zum 11. Februar noch keine Antwort auf den Einspruch eingegangen war, wurde von den Gewerkschaften eine schriftliche Eingabe durch die Abteilung Öffentliche Arbeiten an die Regierungskommission gemacht. Auf diese Eingabe ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt.

Heute hat es sich bereits herausgestellt, daß mit dem zurzeit bestehenden Personalbestand eine geregelte Fortführung der Werkstätte Saarbrücken unmöglich ist. Von dem Arbeiter- und Beamtenausschuß dieser Werkstätte wurde bereits im Januar d. J. eine Eingabe in dieser Angelegenheit an die Eisenbahndirektion gerichtet. Genau so liegen die Verhältnisse in den anderen Werkstätten.

Wie widerspruchsvoll die Maßnahme des Personalabbaus auf den Saarbahnen ist, ergibt sich auch noch aus einer anderen Tatsache. Mehrfach mußten bekanntlich auf den Saargruben Feierschichten eingelegt werden, und zwar wegen Wagenmangel. In einem französischen Bericht über die Lage auf den Saargruben wird u. a. gesagt, daß die Lieferung von Saarkohlen an Frankreich zurzeit rund 45 Prozent beträgt und daß man gern mehr nach Frankreich liefern möchte, aber es fehlt an der Wagenstellung. Es ist schwer einzusehen, daß diese Wagenstellung nach Entlassung von 1100 Eisenbahnern besser sein wird.

## Steigende Überschüsse der Saargruben — für Lohnerhöhungen kein Geld!

Der franz. Senat hat am 12. Febr. einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines Büros für die staatlichen Gruben im Saargebiet angenommen. Der neue Gesetzentwurf stellt die Saargruben nicht nur unter die Kontrolle, sondern unter die direkte Hoheit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Die Kammer hatte Verfügungen beschlossen, welche den Betrieb der Gruben der Privatindustrie überlassen hätten. Der Senat zog jedoch die Festlegung des Staatsbetriebs vor, da sich dadurch die mit den Saargruben verfolgten politischen Ziele erfolgreicher durchführen ließen.

Der Berichterstatter machte im einzelnen noch folgende Angaben: Die jährliche Kohlenförderung der Arbeiter stieg von 480 Kilogramm des Jahres 1920 auf 620 Kilogramm im Jahre 1922. Es wurden nicht nur sämtliche Vorschüsse an den Staat zurückbezahlt, sondern im Jahre 1921 sogar Überschüsse von 20 Millionen Franken erzielt. Der Arbeitsminister erklärte, der Einfuhr von Saarkohle nach Frankreich die weitgehendsten Erleichterungen schaffen zu wollen. Es sollten alle denkbaren Verbesserungen geschaffen werden, um die Zufuhr der Saarkohle auf dem Land- und Wasserwege nach Frankreich in größtem Maßstabe zu ermöglichen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten betonte hauptsächlich die Möglichkeit, die Saargruben als Regulator des Kohlenmarktes in Frankreich zu verwerten. Er drückte die Hoffnung aus, zu einer Vereinbarung hinsichtlich der Anwendung des Tarifs B. B. 7 — 107 mit den saarländischen Eisenbahnen zu gelangen; diese Anwendung bildete bekanntlich den Gegenstand langer Verhandlungen und begegnete namentlich in der Regierungskommission des Saargebietes der Opposition des kanadischen Delegierten Waugh, der jetzt zurückgetreten ist.

Diese Auslassungen des franz. Ministers sind von besonderem Interesse; sie bedeuten nämlich, daß das frühere kanadische Mitglied Waugh sich dagegen gewehrt hat, daß die für Frankreich bestimmte Kohle auf den Saarbahnen zum Schaden der saarländischen Steuerzahler zu Ausnahmetarifen befördert würden, während die Saargebietsbewohner den vollen Preis zahlen sollten. De Trocquer bestätigt mit diesem Angriff gegen Herrn Waugh, daß dieser seine Pflicht zum Wohle der Bevölkerung erfüllt hat, was von den übrigen Regierungskommissionsmitgliedern nicht gesagt werden kann.

Was der Bericht über die wachsenden Überschüsse aus den Saargruben sagte, gewinnt eine besondere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die französische Grubenverwaltung in Saarbrücken alle Anträge auf Lohnerhöhung mit der Begründung ablehnt, die wirtschaftliche Lage der Gruben lasse eine Lohnerhöhung nicht zu, wie dies noch in Verhandlungen am 13. Februar zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Forderungen der Bergarbeiter um eine Erhöhung der Löhne von 5 Franken wurden glatt abgelehnt, obwohl sie bei der ständig fortschreitenden Entwertung des Franken und der damit verbundenen steigenden Teuerung durchaus begründet sind. Die Vertreter der Bergwerksverwaltung klagen über schlechte Geschäftslage und erwähnten, daß augenblicklich in Frankreich die Kohlenpreise abgebaut würden. Sie erkannten die Notlage der Arbeiter an, seien aber nicht in der Lage, augenblicklich eine Lohnerhöhung zu gewähren. (In der Kammer aber berichtet man, um dort glänzende Erfolge der französischen Saarpolitik die Abgeordneten bei guter Laune zu erhalten, von der glänzenden Geschäftslage der Saargruben!)

### Kündigung des Tarifvertrages im Saarbergbau.

Nachdem die französische Bergverwaltung die Forderung des Bergarbeiterorganisationen auf Erhöhung der Löhne abgelehnt hatte, kündigten die Bergarbeiterorganisationen den Tarifvertrag mit der Bergverwaltung.

Im ganzen Revier fanden bereits Vertrauensmännerversammlungen des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter statt. In den zur Annahme gelangten Entschliessungen wird u. a. gesagt:

Von der ablehnenden Haltung der Bergwerksdirektion in der Lohnfrage wird mit Entrüstung Kenntnis genommen. Es erscheint ihr die Haltung der Bergwerksdirektion angesichts der wirtschaftlichen Notlage, in der sich die Arbeiterschaft zurzeit befindet, unerklärlich. Sollte die Verwaltung auf ihrem Standpunkt verharren, dann trägt auch sie allein die Verantwortung für die Folgen, die sich hieraus ergeben. Die Konferenzteilnehmer sind bereit, zur Erämpfung ihrer gerechten Forderung auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, nicht zurückzuliegen. Von der Regierungskommission erwartet die Konferenz, daß auch sie sich für die gerechten Forderungen der Bergarbeiter mehr wie in der Vergangenheit einsetzen möge, da



Ne doch das Wohl der Bevölkerung zu wahren habe. Bergwerksdirektion und Regierungskommission rufen wir zu: „Auszustaff gespannt, zerpringt der Bogen!“

Ähnlich lautende Entschuldigungen wurden auch in zahlreichen anderen Belegschaftsverammlungen gesagt. Überall kam zum Ausdruck, daß der Lohn unzureichend ist und die Bergverwaltung sehr wohl in der Lage sei, eine Lohnaufbesserung vorzunehmen, zumal auch die Industrie sich der Notlage ihrer Arbeiterschaft auch nicht länger verschließen konnte. An den Forderungen höherer Löhne, bessere Behandlung und Schaffung einer Schlichtungsstelle hielten die Bergleute unveränderlich fest. Es wurde aber auch ausgesprochen, daß, wenn diese Hoffnung trägt, man gewillt sei, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Unter den Belegschaften der Gruben Heintz und Vechen herrscht eine starke Erregung über zahlreiche grundlose Entlassungen, von denen auch Belegschaftsmitglieder betroffen wurden, die schon über 30 Jahre auf der Grube tätig sind und noch nicht eine einzige Strafe erhalten haben. Für die Entlassungen wurden die wichtigsten Gründe angegeben und auch in Fällen erwiesener Schuldlosigkeit ist nach der „Saarbr. Ztg.“ eine Rücknahme der Maßregelung nicht erfolgt. Anscheinend hofft man, dem Verband der Saarbergarbeiter (Saarbündler) durch dieses System, das zu ernstlichen Auseinandersetzungen führen muß, Mitglieder zuzutreiben.

**Geprüfte wirtschaftliche Situationsberichte.** Für die französische Propaganda gibt es kein Gebiet, das nicht für ihre Zwecke mißbraucht wird. Ebenso wahrheitswidrig wie die Lageberichte der Regierungskommission für den Bälterbund sind die Uebersichten über die Wirtschaftslage an der Saar, wie sie von der französischen Handelskammer für das Saargebiet aus politischen Gründen im „Saarturier“ veröffentlicht werden. Kürzlich veröffentlichte sie einen Bericht über die Lage der Saar-Eisenindustrie, in denen es u. a. heißt: Die Eisenwerke des Saargebietes sind, gleichwie die lothringischen Hütten, zurzeit außerordentlich beschäftigt. Auf allen Gebieten liegen starke Bestellungen vor. Ursache dieses vorzüglichen Geschäftsganges sind die Auslandsaufträge, hauptsächlich für englische Rechnung; aber auch Deutschland hat ziemlich bedeutende Bestellungen gemacht.

Damit vergleiche man die Begründungen der Ablehnung von Lohnerhöhungen für die Arbeiter, besonders der französischen Werke, und ferner eine Notiz, die nur wenige Tage später im gleichen „Saarturier“ erschien: Im Eisenwerk Homburg sind die bereits vorausgesagten Kündigungen erfolgt, und zwar wurden hiervon 200 Arbeiter des Schraubenwerkes betroffen, das unter Mangel an Aufträgen leidet. Dem Unternehmen nach stehen weitere Kündigungen und Entlassungen bevor. — Also aus propagandistischen Gründen berichtet man über außerordentlich günstigen Geschäftsgang, wegen Mangel an Aufträgen aber werden Hunderte von Arbeitern entlassen. — Von einer gewissen politischen Bedeutung ist noch eine Mitteilung im „Saarturier“, wonach auf dem saarländischen Schrottmarschfluß vorhanden ist, der seinen Hauptgrund in den großen Vorräten aus den Ruhr-Beschlagnahmen hat. Die von der französischen Besatzung im Ruhrgebiet geraubten Halb- und Fertigfabrikate wurden bekanntlich vielfach als Schrott verkauft. Da man diesen Raub in Frankreich nicht restlos unterbringen konnte, die französischen Schrotthändler sich zum Teil auch gegen diese Konkurrenz zur Wehr setzten, so überschüttete man damit auch das Saargebiet.

**Die Rühlingschen Eisen- und Stahlwerke in Bülklingen** haben angesichts der Notlage der Arbeiterschaft von sich aus eine zehnprozentige Erhöhung des Gesamtverdienstes für die Monate Februar und März vorgenommen. Auch die Frauen- und Kinderzulagen werden entsprechend erhöht.

**Neugründung in der saarländischen Glasindustrie.** Unter der Firma Richard hätte für Glasfabrikation A. G., Sulzbach, wurde mit einem Aktienkapital von 1 Million Fr. eine neue A. G. gegründet. Die Gründer gehören zum Kreise der Gesellschafter der Vereinigten Bopeliuschen und Wengelschen Glashütten G. m. b. H. in Sulzbach. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Herr Karl Bopelius. Weiter sind im Aufsichtsrat vertreten die Herren Dr. Max von Bopelius und Leo Wenzel.

### Aus dem Saarbergbau.

Über die Lage am Saarkohlenmarkt berichtet die „Journé Industrielle“. Die Preise für Saarkohle sind seit 1. Januar unverändert. Es scheint aber, als läge es der Minister für öffentliche Arbeiten gern, wenn sich auch die Saargruben der Kohlenpreiserhöhung anschließen könnten. Aber man muß bemerken, daß die Frankenspekulation und verschiedene soziale Schwierigkeiten eine Preissteigerung im Saargebiet hervorgerufen haben; dadurch sind die Gestehungskosten der Saarkohlen, die bisher relativ sehr niedrig waren, augenblicklich recht hoch. Dazu haben die saarländischen Bergarbeiter jetzt

noch den Tarifvertrag gekündigt, weil sie eine Lohnerhöhung fordern. Der Verband der Saarkohlen nach Frankreich, wo man die englischen Kohlen gern durch die Saarkohlen vertreiben und erzielen möchte, ist infolge des Waggonmangels unbedeutend. Die Gruben könnten täglich 55 000—60 000 Tonnen nach Frankreich versenden, der Wagenmangel gestattet aber nur den Versand von täglich etwa 40 000 Tonnen.

**Die üblichen Opfer französischen Raubbaus.** Einen schweren Unfall erlitt auf der Grube Vellen beim Schießen von Kohlen der Bergmann Karl Weber aus Ludweiler. Durch das vorzeitige Losgehen einer Sprengpatrone wurde ihm die linke Hand ganz zerschmettert. Sein Kamerad namens Zweer kam mit mehreren Verletzungen davon. — Auf der Grube Ensborn verunglückte der 30-jährige Bergmann Wilhelm Schmidt aus Griesborn tödlich. Sch. war in der Grube als Autoführer (Benzolmotoren) beschäftigt. Er hinterläßt eine Frau und ein Kind.

**Die Förderung auf den Saargruben im Dezember.** Nach den statistischen Feststellungen wurden im Dezember v. J. auf den Saargruben insgesamt 956 298 Tonnen Kohle gefördert, das bedeutet gegenüber dem Monat November einen Förderungsrückgang um 120 298 Tonnen, für den in erster Linie der Wagenmangel und die dadurch bedingten Fehlerschichten verantwortlich zu machen sein dürften. Auf der anderen Seite aber ist er auch zurückzuführen auf die zunehmende Erregung innerhalb der Bergarbeiterschaft über die schroff ablehnende Haltung der französischen Bergverwaltung gegenüber den berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Löhne.

### Aus dem Saarwirtschaftsleben.

**30 Jahre Schutverein für Handel und Gewerbe.** Am 24. Februar konnte der Schutverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet e. V. auf sein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Am 24. Februar 1894 hauptsächlich zwecks Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gegründet, hat sich der Verein aus kleinsten Anfängen zu einer der größten Wirtschaftsorganisationen des Saargebietes entwickelt, die sich heute mit ihren 22 Ortsvereinen und 12 Fachverbänden über das gesamte Saarland erstreckt und rund 2500 Mitgliedsfirmen zählt. Entsprechend hat sich auch das Arbeitsfeld des Schutvereins erweitert, das heute das Gebiet der Wirtschafts- und auch Sozialpolitik im weitesten Umfang umfaßt. Vor allem in den Jahren nach dem Kriege hat der Schutverein angesichts der durch den Versailler Vertrag geschaffenen besonderen Verhältnisse eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt, die sich in Zukunft voraussichtlich noch steigern dürfte, da die saarländische Wirtschaft sicherlich noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Aus Anlaß seines Jubiläums hat der Schutverein seine Zeitschrift „Der Saarhandel“ in einer Sonderausgabe erscheinen lassen, deren Inhalt auch über den engeren Kreis von Handel und Gewerbe hinaus Interesse beanspruchen darf.

**Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland** geht aus einem Gutachten der Handelskammer Trier hervor. Danach haben umfangreiche Untersuchungen der Kammer dargetan, daß das Wirtschaftsleben des Trierer Bezirks ohne Verbindung mit dem Saargebiet und dem unbefestigten Deutschland nicht lebensfähig ist und bei weiterer Fortdauer der Rheingrenzenerdrosselung zu werden droht. Die Kammer empfiehlt daher dringend, durch Verhandlungen zwischen Paris und Berlin eine Milderung oder Aufhebung der herrschenden Verhältnisse zu schaffen. Zudem müsse auf einer Hinausschiebung des Zollabschlusses des Saargebietes hingewirkt werden.

Für jeden Kenner der wirtschaftlichen Struktur ist das Ergebnis dieser Untersuchungen der Trierer Handelskammer nicht überraschend; wenn trotzdem von französischer bzw. von saarantlicher Seite alles getan wird, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit seinem natürlichen Nährboden restlos zu zerstören, so erkennt man daraus am besten die politischen Absichten der Saargebietsregelung nach den Versailler Betragsverhandlungen.

### Sport.

**Aus der St. Johanner Turnerschaft.** In diesem Jahre kann die St. Johanner Turnerschaft auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1874 gegründet, nahm die Turnerschaft verhältnismäßig rasch einen großen Aufschwung und jahrzehntelang stand sie mit an der Spitze der Vereine des Saar-Blies-Gaues. Der Krieg brachte dem Verein außerordentlich schwere Verluste, die tüchtigsten Kräfte erlitten den Tod auf dem Schlachtfelde. Unter diesen Verlusten hat der Verein noch heute zu leiden, hat er doch gerade die Blüte seiner Turner verloren, für die vollständigen Ersatz zu schaffen es Jahre ernster und angestrengter Arbeit bedarf.



## Eine Saarwoche in Hamburg.

Eine Saarwoche in Hamburg fand am 23. Februar 1924 mit dem für diesen Tag festgesetzten Auslauf des neuen Hapag-Dampfers „Saarland“ ihren Abschluß. Auf Veranlassung des Vereins für das Auslandsdeutschtum hatte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, in der Zeit vom 18. bis 23. Februar 1924 für die Schüler und Schülerinnen der Hamburger höheren Lehranstalten eine Vortragsreihe über „Die Geschichte und wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets und sein Schicksal auf Grund der Bestimmungen des Versailler Diktats“ gehalten. Diese Vorträge haben bei der Hamburger Jugend einen außerordentlich nachhaltiger Eindruck hinterlassen, und es darf als ein großes Verdienst des Vereins für das Auslandsdeutschtum verbucht werden, daß er der besetzten Gebiete durch besondere Vortragswochen in solcher Weise gedenken läßt. Es waren für den Redner und für die Schüler erhebende Stunden. Besonders glänzend war die Saartundgebung in der Aula der Oberrealschule in Eppendorf, wo sie mit einem Vortrag auf der Orgel eingeleitet und mit dem Deutschlandlied mit Orgelbegleitung geschlossen wurde. In diesen Schülerporträgen erinnerte Verwaltungsdirektor Vogel zunächst an das Wort eines früheren Außenministers, „das Versailler Friedensdiktat müsse auf jede Schulbank gelegt werden, um der deutschen Jugend immer wieder zuzurufen: „Gedenket des Schmachfriedens von Versailles.“ Der Friede von Versailles sei kein Frieden, sondern ein Verbrechen und der ungeheuerlichste Wortbruch der Weltgeschichte, dem das deutsche Volk zum Opfer gefallen sei. Für die unseligen Folgen der Bestimmungen dieses Friedensdiktates seien der beste Beweis die traurigen und beklagenswerten Zustände in unserem ferndeutschen Saargebiet. Nach eingehenden Darlegungen der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktats über das Saargebiet und seine furchtbaren Auswirkungen wies Redner besonders auf den schweren Verlust hin, den Deutschland durch die schuld- und lastenfreie Ueberlassung aller Saargruben an Frankreich erlitten habe. Er schilderte die große Bedeutung dieser Steinkohlengruben für das deutsche Wirtschaftsleben und kennzeichnete die Uebereignung der Saargruben als regelrechten Raub, was durch die inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen über die Art, wie dieser Raub gelang, bestätigt wird. In klarer und verständlicher Weise schilderte er die sonstigen, durch das Friedensdiktat von Versailles im Saargebiet geschaffenen Verhältnisse, indem er als besonderer Härte der erst nach 15 Jahren stattfindenden Volksabstimmung gedachte, die Hohn spreche den bisherigen Kundgebungen der Saargebietsbevölkerung für ihr Deutschum, besonders aber Hohn spreche dem Ergebnis der im Jahre 1922 und am 27. Januar 1924 stattgehabten Landratswahlen, die unbedingt als eine Volksabstimmung für das Deutschum betrachtet werden könnten. An der Hand vielen Beweismaterials wies er dann nach, wie das Saargebiet politisch, wirtschaftlich und kulturell durch die Friedensbestimmungen von Versailles und durch die heutige, nur unter französischem Einflusse stehende Verwaltung, die Saarregierungs-kommission (den Treuhänder des Völkerbundes) verraten und verkauft, ja verloren sei, wenn nicht eine so zuverlässig ferndeutsche Bevölkerung im Saargebiet wohnen würde. Er kam dann auf den Clemenceauschen Betrug während der Vorfriedensverhandlungen im März 1919 mit der gefälschten Saarländer-Adresse zu sprechen, indem er an das Gewissen der Welt appellierte und betonte, daß die Saarbevölkerung gerade durch die Abstimmung bei den Landratswahlen wiederholt freiwillig ihren Willen zum Ausdruck gebracht habe, wohin ihr Herz schlage und welches ihr Vaterland sei: Deutschland. Wenn man trotzdem erst im Jahre 1935 die Bevölkerung im Saargebiet abstimmen lasse, so bringe man damit zum Ausdruck, daß man Frankreich die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit an die Hand geben wolle, den heute schon feststehenden Willen der Saargebietsbevölkerung gewaltsam abzuändern. Schlimmer könne man seine Grundfälle nicht verleugnen, als es der Völkerbund hier tue, und deutlicher als hier könne auch die Vergewaltigung eines Volkes nicht öffentlich betrieben werden. Das Ergebnis der Landratswahlen bei denen über 99 Prozent der Bevölkerung für die deutsche Liste stimmten, sei aber die beste Widerlegung der niederträchtigen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, und sie sei der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935. Nach einer von begeisterter Heimatsliebe zeugenden eingehenden Schilderung von Land und Leuten des Saargebiets kam er auf die Geschichte des Saargebiets zu sprechen, die, solange sie geschrieben werde, immer deutsch gewesen sei und auch bleiben werde. An der Hand von geschichtlichen Tatsachen feierte er die tiefe vaterländische Gesinnung der Saarbevölkerung, wie sie sich seit einem Jahrtausend auf die heutige Generation weitervererbt habe. In ergreifenden Worten schilderte er die Vorgänge der schweren Novembertage 1918, die das französische Militärregime für das Saargebiet brachten, um

dann in eingehender Weise den Schülern und Schülerinnen ein Bild über die im Saargebiet durch die französische Besetzung geschaffenen Verhältnisse zu geben. Er zeichnete seinen Zuhörern sämtliche Kapitel aller Schandtaten der Franzosen, die eine Versöhnungstimmung mit Frankreich an Rhein, Ruhr und Saar nicht aufkommen ließen.

Die Tätigkeit des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierungs-kommission, kennzeichnete Redner zunächst als eine Fortsetzung des Schaliens und Waltens der französischen Militär-Diktatur, dann aber als eine durchaus einseitige, nur französischen Interessen dienende und alle Französisierungsversuche unterstützende Verwaltungsbehörde. Er feierte dann das Volk an der Saar seines freiwilligen Bekenntnisses zum Deutschum wegen, indem er die Einigkeit und Einmütigkeit aller Parteien, der gesamten Presse usw. lobend hervorhob und dem Landesrat, obwohl er nur ein Scheinparlament sei, dessen Schaffung dem Völkerbund abgerungen sei, Worte des Dankes und der Anerkennung für das Jollte, was er bisher im Interesse des Deutschums getan habe. Schon wehe ein anderer Wind. In stummem Kampfe für das Deutschum an der Saar stehe dort ein treues Volk auf deutschem Vorposten. Die Stimmung in der Bevölkerung, die hauptsächlich aus einer treuen Arbeiterkraft des Bergbaues und der Eisenindustrie bestehe, sei eine vorzügliche, und es sei bestimmt zu erwarten, daß diese treudeutsche Saargebietsbevölkerung unentwegt den Kampf für die Deutscherhaltung des Saargebiets solange weiterführen werde, bis das Saargebiet wieder mit Deutschland vereint ist.

Ferner sprach Verwaltungsdirektor Vogel über „Die heutige Lage im Saargebiet“ in der Aula der Klosterschule am 19. Februar 1924 in einer von der Hamburger Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ einberufenen Abend-Versammlung. Auch in diesem Vortrage geistelte er das Clemenceausche Vorgehen mit der gefälschten Saarländer-Adresse, indem er noch besonders darauf hinwies, daß dem Präsidenten Wilson schon im Dezember 1918 ein Bekenntnis der Saarbürgerschaft „Unser Wille zum Deutschen Reich“ zugestellt worden sei, in welchem im Auftrage von Tausenden von Einwohnern des Saargebiets die feierliche Erklärung abgegeben worden sei: „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben.“ Der Inhalt dieser Eingabe decke sich mit dem Inhalte einer Denkschrift der Saarbevölkerung im Jahre 1815, als die Wiedervereinigung mit Deutschland erstrebt wurde. Im Saargebiet finde man nur deutschen Wirtschaftsgeist, deutschen Wirtschaftsaufbau, nur wirtschaftliche Zusammenhänge mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben. Bergbau und Eisenindustrie sind hier allein unter deutschem Einfluß, unter deutschem Geiste groß geworden. Er erinnerte daran, wie man durch Bedrückungen, Rechtlosmachung und Vergewaltigung der Bevölkerung diesen Geist erschlagen möchte. Die Bevölkerung habe wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit der Saarregierung Hand in Hand zu gehen, verlangt aber die Beachtung der wenigen ihr in den Versailler Bestimmungen verbliebenen Rechte. Die ganze Handhabung der Gesetzgebung durch die Saarregierung stelle aber weiter nichts dar, als die völlige Unterdrückung des Willens der Bevölkerung und ihres Rechtes auf die Mitbestimmung in ihren eigenen Angelegenheiten. Dafür, daß im Saargebiet nur französische Politik bis heute maßgebend gewesen sei, führte der Redner eine Reihe von Beweisen an. Zu den vielen Verstößen gegen das Friedensdiktat von Versailles komme noch besonders der Vorstoß der Regierungskommission gegen die Schulen, um durch die Einführung des französischen Unterrichts und durch Schaffung französischer Volksschulen die saardeutsche Jugend mit französischem Geist zu erfüllen. In scharfen Worten geistelte Redner die Politik der französischen Propagandaarbeit des Majors Richert, der zwar jetzt seinen Sitz in Colmar habe, aber noch heute diese Propaganda leiste, um das Saargebiet für die Annexion durch Frankreich reif zu machen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß es Pflicht Englands und Amerikas sein müsse, weil deren Vertreter Opfer des Schwindels mit den 150 000 Saarfranzosen geworden seien, zu erklären, daß auf Grund dieses Betruges und dieser Fälschung die Versailler Bestimmungen über das Saargebiet unbedingt einer Revision unterzogen werden müßten. Die ganze Völkerbundsidee müsse nicht nur beeinträchtigt, sondern geradezu geschändet werden, wenn die Völker, die in ehrlicher Ueberzeugung diese Idee tragen und durch ihre Mitgliedschaft sich zum Völkerbund bekennen wollen, nicht dafür eintreten, daß die Bestimmungen, die einer Fälschung und einer bewußten Irreführung ihr Entstehen verdanken, entsprechend den Tatsachen abgeändert werden. Wie der Inhalt des ganzen Friedensdiktats von Versailles sich aus Lug und Trug zusammensetze, so sei das ganz besonders bezüglich der Bestimmungen des Saargebiets der Fall. Der Präsident der Saarregierungs-kommission, der Franzose Rault, habe seiner-



zeit in Paris behauptet, der größte Teil der Saargebietsbewölkung sei französisch orientiert und eine Wahl zum Landesrat „unter genügender Sicherung durch eine Wahlordnung“ würde einen Sieg Frankreichs ergeben. Es ist anders gekommen. Trotz der Millionen und aber Millionen, die Frankreich seit 5 Jahren für seine Propaganda im Saargebiet ausgeworfen hat, trotz der Tätigkeit der völlig französisch orientierten Saarregierung zur wirtschaftlichen und politischen Umstellung des Saargebiets, hat sich die wahlberechtigte Bevölkerung zu 99 Prozent für die deutsche Liste erklärt. Trotzdem gibt Frankreich den Kampf an der Saar nicht auf. Deshalb darf auch von deutscher Seite der Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets nicht eingestellt werden.

### Rhein, Pfalz und Saargebiet.

Auf dem Rhein- und Pfalztag in Bernau bei Berlin, welcher am 17. Februar 1924 stattfand, wurde in besonderer Weise auch des Saargebiets gedacht. Im großen Saale des Exiums hatten sich die Bürger Bernaus in großer Anzahl eingekunden. Die Begrüßungsansprache hielt Studiendirektor Wüllenweber. Schürat Schwabe erinnerte in begeisterten Worten an die Erhebung des deutschen Volkes im August 1914 und an die Bedeutung des Inhalts der vaterländischen Lieder „Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“. Die Hauptrede hatte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Verwaltungsdirektor Vogel, übernommen. Bei allen Rundgebungen, die sich mit dem vergewaltigten Westen des Vaterlandes beschäftigen, müsse die Saar ausdrücklich mitbenannt werden. An der Saar kämpfte seit mehr als vier Jahren ein geknechtetes Volk für das Deutschtum und seine Freiheit mit dem gleichen Bekenntnis und mit der gleichen Zähigkeit, wie das Volk am Rhein, an der Ruhr und in der Pfalz. Die Saarfrage habe in Versailles eine besondere Regelung erfahren, die sich heraushebe aus der Regelung, die das übrige Rheinland erfahren habe. Die deutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar, die allen Gefahren, Leiden und Versuchungen der französischen Fremdherrschaft zum Trotz offen zutage trete, sei einer der wenigen wirklich wichtigen Akteure unserer Politik, die zu erhalten und zu pflegen sei vaterländische Pflicht, und dazu könne die ausdrückliche Erwähnung der Saar bei allen Rundgebungen mitwirken. Redner wies dann auf den langen Leidensweg hin, den das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch zu gehen habe. Im Felde, in der Luft und zur See unbesiegt, sei das deutsche Volk zusammengebrochen und das Opfer einer unglaublichen Lügenpropaganda sowie des ungeheuerlichen Wortbruches, den die Weltgeschichte je erlebt, geworden. Das Friedensdiktat von Versailles habe einen Gewalt- und Vernichtungsfrieden furchtbarer Art geschaffen. Anlässlich der tausendjährigen Feier der Stadt Goslar habe man am alten Achtermannschen Hause eine Bronze-Gedenktafel mit den Worten angebracht: „Gedenket des Schmachfriedens von Versailles.“ Diese Mahnung müsse eigentlich der Tagesgruß aller Deutschen sein, um uns alle täglich an die furchtbare Demütigung und Knechtung, die dieser Schandvertrag mit sich gebracht habe, zu erinnern. Die Aufrollung der Kriegsschuldfrage könne nur der Beginn für die Forderung nach der Revision des Friedensdiktats von Versailles sein, somit allein zur Befreiung vom französischen Joch führen. Das Endziel der französischen Raubpolitik sei die Zerstörung des gesamten linken Rheinufers vom deutschen Mutterlande. Eine Rettung für das deutsche Volk könne nicht eher kommen, bis wir endlich einig und einmütig zusammenstünden. Napoleon I. habe am allerbesten die deutsche Uneinigkeit gekennzeichnet, indem er in seinen Lebenserinnerungen es niedergeschrieben habe, daß er Zwiespalt unter den Deutschen nie zu stiften brauchte, denn die Einigkeit sei aus ihrer Mitte gewichen.

Das seien Worte, die wir uns stets ins Gedächtnis rufen sollten, um zu begreifen, wo der Grund unserer Erniedrigung liegt. Wir sollten aber keinen Augenblick vergessen, daß wir unseren Volksgenossen an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pfalz zu heiligem Dank verpflichtet sind.

Zu den Bedrückungen, denen der deutsche Westen durch die fremden Heere ausgesetzt ist, ist seit einiger Zeit eine neue Gefahr gekommen, von der besonders die Pfalz heimgesucht wird. Hier haben landfremde Banden, die sich aus verkommenen, niederlichen und zumeist schwer vorbestraften Elementen zusammensetzen, es unternommen, urdeutsches Land an die Franzosen zu verschachern. Separatisten heißen diese Verbrecher, die nichts weiter sind, als bezahlte Agenten in dem großen Spiel, das Frankreich um den deutschen Rhein spielt. Separatisten heißen sie, da sie die Pfalz von Bayern, vom Deutschen Reich losreißen wollen. Unterstützt von französischem Geld und von der französischen Presse, schreiben sie in die Welt hinaus: Die Pfalz will los von Berlin, die Pfalz will los vom Deutschen Reich! Diese urdeutsche Pfalz, die in ihrer Mitte das nationale Heiligtum der deutschen Kaisergräber birgt, dieses herrliche deutsche Rindchen, das einen glänzenden Edelstein in der Krone unserer Mutter Germania bildet, diese deutsche Pfalz, deren Bevölkerung

trotz des schwer auf ihr lastenden französischen Drucks unzählige Male in machtvollen Rundgebungen ihr Deutschtum bekannt und den festen Willen bekundet hat, mit unverbrüchlicher Treue am Deutschen Reich festzuhalten! Und wie kommt es nun, daß trotz dem diese separatistischen Banden ihre Herrschaft in der Pfalz ausüben können? Die Antwort ist leicht und schnell gesagt: Nur mit Hilfe der Franzosen!

Der aktiven Unterstützung der separatistischen Banden durch das französische Militär bei Besetzung der öffentlichen Gebäude entspricht in allen Punkten das Verhalten der französischen Bezirks- und Kreisdelegierten. Das Schredensregiment, das die Separatisten ausüben, erinnert an die schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges. Jede Rechtschaffenheit wurde aufgehoben, milde liebliche Personen wurden verhaftet und blutig geschlagen, angesehene Bürger als Geiseln festgenommen und in dunkle Kerker geworfen. Die Spitzen der Verwaltungs- und Kommunalbehörden wurden ausgewiesen, die deutsche Polizei und Gendarmerie wurde entworfen. Alle leitenden Justizbeamten wurden ohne Ansehen der Person verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder ausgewiesen.

Lange Zeit hat das Weltgewissen, das uns Deutschen gegenüber ja überhaupt nur schwer aus seiner Ruhe aufzurütteln ist, auch zu diesen Dingen geschwiegen. Aber nun scheint es wach geworden zu sein! Schon beginnt Frankreich, unter dem Druck Englands, von seiner allzu offenen Unterstützung der Separatisten abzulassen. Aber noch immer will es nicht die deutsche Verwaltung in der Pfalz wiederherstellen, indem es die deutschen Beamten zurückkehren läßt. Sollte aber in der Pfalzfrage, deren Erledigung augenblicklich Gegenstand von Verhandlungen zwischen London und Paris ist, irgendeine Einigung erzielt werden, so müssen wir uns doch vor allzu optimistischen Hoffnungen hüten, da zweifellos das Ziel Frankreichs, wenn es auch jetzt in einigen Punkten nachgeben sollte, doch immer daselbst bleiben wird, das es von jeher gewiesen ist, nämlich: die Annexion der Pfalz.

Zum Schluß richtet er einen warmen Appell an die Erachtenern, indem er die Worte des Präsidenten der Nationalversammlung Fehrenbach bei der Protestkundgebung der deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden am 12. Mai 1919 in der Berliner Universität wiederholte: „Wir hatten auf den Völkerbund mit gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einleitung dazu, er ist die Verewigung des Krieges. Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen, und sage: „Memores estate inimici, ex ossibus ultori!“ Möge aus unseren Gebirgen dereinst ein Rächer erstehen.“ Auch in Zukunft werden die deutschen Frauen, so schloß die Fehrenbachsche Rede, Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwischen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden soll. Die Bedeutung solcher Worte verstehe man nirgends besser als in den besetzten Gebieten, wo man den Tag der Abrechnung mit den Franzosen heiß herbeisehne und wo man tief durchdrungen sei von dem warnenden Worte in seinem Liede „Vergessen“: „Und was der Feind uns angetan, das soll ihm nicht vergessen.“ Unter stürmischem Beifall erhob sich die Versammlung und sang in heller Begeisterung das Deutschlandlied.

### Deutschland und das Saar-ebiet.

Erleichterungen im Verkehr mit dem Reichspatentamt. Der Präsident des Reichspatentamtes in Berlin hat auf Anregung des Diplom-Ingenieurs Friedrich Stein in Saarbrücken, um den Bewohnern des Saargebietes Erleichterungen bei der Erstattung der vom Patentamt vorgelegten Portis zu gewähren, verfügt, daß fortan von dem Verlangen nach Erstattung des vom Patentamt ausgelegten Portos überhaupt abgesehen werden soll. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, an das Patentamt gerichtete Sendungen freizumachen. Das Patentamt trägt aber die Kosten der Briefübersendung nach dem Saargebiet.

Deutsche Bankkonten im Saargebiet. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte beim Kommissar für Devisenerfassung Klärung der Frage erbeten, ob zur Eröffnung eines Bankkontos im Saargebiet durch im Inland wohnende Reichsdeutsche eine besondere Genehmigung erforderlich sei. Darauf ist folgende Antwort ergangen:

„Einer besonderen Genehmigung zur Einrichtung eines Kontos bei einer Bank im Saargebiet bedarf es nicht. Den bestehenden Verpflichtungen zur Ablieferung eines Teils der Ausfuhrdevisen an die Reichsbank und zur Verwendung des Ausfuhrerlöses im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ist jedoch auch in diesem Falle nachzukommen. Für die Erstellung von Handelskammerbescheinigungen an Firmen, welche nach dem Saargebiet regelmäßig Zahlungen zu leisten haben, bedarf es keiner andern als der sonst üblichen Voraussetzungen.“

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Delegierte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Saarbrücken dazu ermächtigt ist, die innerdeutschen Lieferfirmen auf Antrag der saarländischen Empfänger teilweise oder ganz von der Verpflichtung zur Ablieferung der Ausfuhrdevisen zu befreien.



# Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzervereins, E. V.)

Vereinsadresse u. Schriftföhrer: Fritz Müller (Stephan 4039), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 26. / Vorst: Banddirektor Karl Fraenger (Hans Jentz 9150-22, Privat: Wilhelm 3201; Charlottenburg, Cosanderstraße 7. / Kasse u. Postkassentante Berlin 15241: Bandbeamtet Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Pöhlingerstraße 18. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 105, a. d. Weidendammer Brücke. / Zeitungszuschriften: H. Dorf, Carl Marie Maier, (Moabit 1021, NW. 5, Quilowstraße 140

## Vereinsnachrichten.

**Verschiedenes.** Unser Bruderverein in Halle, der Pfälzerwald-Verein Ortsgruppe Halle a. S. meldet uns sein Wiedererwachen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Erich Wiedenbeck, 1. Vorsitzender, Fritz Baasch, 2. Vorsitzender und Obmann des Wanderaussschusses, Karl Lütendorf, Schriftföhrer, Paul Roach, Rechner. Zuschriften an den 1. Vorsitzenden Herrn Erich Wiedenbeck, Gr. Märkerstr. 15. in Halle a. S. Wir wünschen bestes Gedeihen.

Unser Lokalrichter Banddirektor Hanns Gluckstein in Mannheim brachte ein neues Bühnenstück „Lindenwirtin, du junge“ heraus, das am 10. Februar die vierte Aufföhrung vor ausverkauftem Hause im städt. Nibelungenaal erlebte. Nach den Zeitungskritiken hatte dieses Volksstück mit Gesang einen beispiellosen Erfolg. Dichter und Komponist (Karl Fischer-Bernauer) wurden stürmisch gefeiert. Ein echtes, helteres Lebensbild aus der weinstrohen, sonnigen Pfalz, eine „Kerme“ mit Kirchgang und Orgelklang, Tanzmusik und Beckerklang, Verliebtheiten und urwüchsigem Pfälzer Humor ging über die Szene. Aufföhrungen in Karlsruhe und Heidelberg folgen.

Der Rheinische Beobachter hat wieder eine Pfalznummer herausgebracht, die sich würdig den seitherigen anschließt. Wir empfehlen allen Mitgliedern ein Abonnement dieser ausgezeichneten zeitgemäßen Streitschrift wiederholt. Unser Schriftföhrer vermittelt die Anmeldungen.

Unser Mitglied Herr Rektor Hofmann, Ludwigshafen, R. d. R., ist in die Direktion der Germania A.-G. Berlin eingetreten.

Unter dem Titel „Mutter Donau und Vater Rhein“ wird von der Alfas-Filmgesellschaft gegenwärtig ein Gesangs-film gedreht, der die schönsten Punkte an Rhein und Donau verherrlicht und noch in diesem Jahre seine Uraufföhrung erleben wird.

Herr Banddirektor Heinrich Kohl, Rechner des Hauptvereins (Pfälzerwald-Verein) in Neustadt a. d. H., bekannt auch unter dem Namen „Kohle Henner“ im ganzen Pfälzerwald und eifrigster Förderer des Wandergedankens, feierte kürzlich seinen 50. Geburtstag, wozu wir nachträglich herzlich gratulieren.

Schließlich noch eine traurige Kunde, die uns jetzt erst durch einen Zeitungsartikel zugeht. Unser Mitglied Herr Carl Dieb aus Delsheim, ehemals Kaiserl. Kellermeister und einer der letzten, die Kaiser Wilhelm I. bei dem Nobilitationsattest zur Seite standen, ist hochbetagt vor einigen Wochen auf „Jagdschloß Stern“ gestorben. Unsere Wanderabteilung, die seit Jahren mit dem alten rüstigen Herrn mit dem goldenen Pfälzer Humor zusammenkam, wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

**Mitgliederzugang 1924.** Nr. 8. Franz Beder, Betriebsleiter, N 58, Pappelallee 33 I (Birmasens); 9. Frau Elisabeth Friedrich, N 113, Schonenstraße 8 (Bad Dürkheim); 10. Gastmitglied Alfred Ihm, Kürschnermeister, S 14, Wallstr. 70-71, Berlin; 11. Dr. Adolf Pfeiffer, Referent i. d. Reichspresseabtlg., Wittenau, Lindenweg 34 B (Speyer a. Rh.); 12. Gast-Mitgl. Fräul. Elise Stiegler-Schmidt, Steglitz, Vönerstraße 2 III (Bonn a. Rh.); 13. Bandbeamtet Heinz Brecht, W. 8, Krausenstraße, Rhodenbank (Speyer a. Rh.); 14. Fabrikdirektor Theob. Diehl, Charlottenburg 4, Goethepark 16 (Birmasens); 15. Kaufmann Paul Geiler, SW. 29, Dorfstr. 7 (Kaiserslautern); 16. Dr. Walter Hellenthal, Attache im Auswärtigen Amt, NW. 23, Alt-Moabit 131 III (Homburg); 17. Kaufmann Max Hengen, Friedenau, Bornstr. 30 II, Port. II (Köln); 18. Schauspieler Emil Janson, B.-Buchholz, Parkstr. 7 (Speyer a. Rh.); 19. Frä. Cecilie Reipp, SW. 61, Urbanstr. 184 (Mittenheim a. Glan); 20. Syndikus und Chefredakteur Dr. Peter Kleiser, SW. 61, Pantlischtr. 5 (Gatlin a. Kaiserslautern); 21. Eisenbahnassistent Johannes Storr, Pichtenberg, Kantstr. 51 (Wittenheim a. S.); 22. Universitäts-Prof. Dr. Georg Stuhlsanth, NW. 23, Lessingstraße 39 (Mühlbach); 23. Bandbeamtet Hans Eber, Friedenau, Bachstr. 4 (Hagdt b. Neustadt); 24. Gastmitglied Frä. Magda Wehler, N 4, Heffische Str. 2. Auf Wiedersehen am Vereinsabend.

**Pfalzpende am 2. März.** Die Strahensammlung als Fortsetzung des Pfalztagess ist behördlich genehmigt und die nötigen Sammler sind uns diesmal gesichert. Alle Mitglieder werden gebeten, wo immer möglich, für die gute Sache Stimmung zu machen.

**Einladungen.** Alle Mitglieder sind eingeladen 1. vom Verein Rheinland auf Dienstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, zum Maskenfest im Schiller-Theater-Restaurant (Festsaal), Eingang Bismarckstr. 110, am Untergrundbahnhof Knie, möglichst kostümiert, sonst am Eingang karneval. Abzeichen. Eintritt 3 M. 2. Vom Verein der Bayern E. V. auf Samstag, den 8. März, abends 8 Uhr, zur ländlichen Hochzeitsfeier und Trachtenfest am Schlier- und Tegernsee, im Großen Saale der Kammerföle, Teltower Straße 1-4. Mitglieder 5,63 M., eingeföhrte Nichtmitglieder 11,25 M. Zutritt ist nur in ländlicher Tracht gestattet.

**Nächster Vereinsabend:** Freitag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Hotelrest. Atlas a. d. Weidendammer Brücke. Unterhaltungsabend. Die neuen Mitglieder werden gebeten, das selbst ihre Mitgliedsarten in Empfang zu nehmen, ihre Freunde als Gäste mitzubringen und uns neue Mitglieder zuzuföhren.

**2. Proge-Wanderung:** Sonntag, den 9. März, 8.50 ab Stettiner Bahnhof, 8.56 ab Gesundbrunnen nach Hermsdorf, zurück ab Hohenneuenhof Einzelheiten siehe vorige Nummer.

**Herrn-Stammtisch** am Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr, und weiter jeden 3. Freitag im Monat im Vereinslokal. Treffpunkt aller Junggesellen, Strohwitwer, Genanten (d. i. die Jaghaften, die sich vor Damen genieren), Vorstandsmglieder und Welberfeinde. Letztere, um belehrt zu werden. Ja, ja, meine Damen, Sie staunen, aber es läßt sich nichts mehr daran ändern, der Stammtisch wurde dringend gewünscht, weil die Pause von vier Wochen zu groß ist. Vielleicht kommt es auf diese Weise auch wieder zur wöchentlichen Zusammenkunft.

**Wanderer-Ehrung 1923.** Mit dem „Goldenen Abzeichen“ wurden ausgezeichnet: zum 10. Male (besonderes Ehrenzeichen) Karl Fraenger (10), zum 8. Male Fritz Müller (10), zum 7. Male Carl Maria Maier (11), zum 5. Male (verbunden mit Ehren-Wanderstab) Aug. Weinsheimer (12), Heinz. Seltam (11), Josef Gerhards (9), zum 4. Male Frau Elise Weinsheimer (11), Frau Carl Maria Maier (10), Frau Käthe Thumm (10), Frau Tilly Fraenger (9), Frau Rosa Seltam (9), zum 3. Male Leon Thier (9), Frä. Charl. Effer (10), Heinz. Stein (12), zum 2. Male Marianne Thier (10), Ed. Gerhards (9), Ludw. Kleiser (9), Alfred Stein (9), Frä. Hedwig Stein (9), Frä. Thea Maier (9), zum 1. Male Karla Fraenger (10), Toni Fraenger (10), Frau Maria Thier (10), Frä. Johanna Eggert (9). Die eingemerkten Zahlen bezeugen die Anzahl der Wanderungen. Eventuelle Irrtümer wolle man sofort melden. Sie sind möglich, da die Aufzeichnungen des früheren Schriftföhrers infolge Wegzug leider in Verstoß geraten sind.

Alfred Stein,  
Obmann des Wanderaussschusses.

## Pfalztag.

Von Carl Maria.

Seit meinem letzten Artikel „Pfalz in Rot“ sind 14 Tage verfloßen und vieles hat sich in dieser Zeit ereignet. Der Pfalztag, am 4. Februar von den Vertretern aller Spitzenorganisationen in einer denkwürdigen Sitzung beschlossen, wurde wenige Tage später wieder abgeblasen und dann verschoben, um die Politiker nicht zu füren. Die Politiker, die es fertig gebracht haben, sich von Volncaré die November-Rote mit höhnlichem Spott im Dezember wieder zurückgeben zu lassen: „Es sei ja alles übertrieben und Deutschland habe damit alle seine künftigen Roten verdächtig gemacht.“ Dieselben Politiker, die sich dann bis 2. Februar zur Ueberreichung einer neuen Rote bzw. Beschwerde Zeit ließen und erst am 20. Februar eine erschöpfende Darstellung vorlegten.

Aber das einmal begonnene Werk setzte sich durch. Ohne Rücksicht auf Politik und Politiker kam der Pfalztag am 17. Februar zustande. Viel zu viel Zeit war auch schon verloren gegangen. Auch der Pfalztag hatte in seinem Sammelergebnis unter den Verzögerungen der letzten Tage zu leiden. Aber immerhin, er kam zustande und wir haben im Reichstag eine denkwürdige und machtvolle Rundgebung erlebt. Das Haus und die Tribünen dicht befüht, begrühte Ober-Konföriorialrat Grubel, selbst Ruhrländer und Westmürker, mit zündenden Worten die Versammlung und schloß mit dem Gelöbde: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Die dann folgende Rede unseres Mitgliedes und Landmannes Dr. Maximilian



Pfeiffer, des deutschen Gesandten in Wien, war ein Ereignis. Ruhig, sachlich, würdig, aber doch mit allem Nachdruck und liegend in freier Rede hielt dieser Kulturminister ersten Ranges den Franzosen ihre Jahrhunderte alten Sünden vor und jesselte die atemlos lauschende Versammlung — Regierungsmänner und Volk — von der ersten bis zur letzten Minute, öfters unterbrochen von begeisterter Zustimmung, besonders bei der Stelle „wenn es stets zum Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält.“ Reicher, nicht endenwollender Dantesbeifall bildete den Schluß dieser meisterhaften Rede.

Es folgte unser Mitglied und Landsmann, der Reichsminister Dr. Höfle, Minister der Post und für die besetzten Gebiete, der natürlich nach der meisterlichen Rede des deutschen Gesandten einen kühneren Stand hatte. Er sprach namens der Reichsregierung und gab die Versicherung ab, daß seitens der Regierung alles geschehe, um die Leiden der Pfalz zu lindern und zu beenden.

Umrahmt war die Feter von erhebenden Chorgesängen der Berliner Liedertafel, die sich damit ein besonderes Verdienst erworben hat und als Schluß des Ganzen durchbraute „Deutschland über Alles“ machtvoll des Haus, dem Rütli-Schwur vergleichbar, aber auch mit einem gewissen Unterton, dem Wutschrei eines gequälten hochkultivierten Volkes.

Draußen vor dem Haus hatte sich inzwischen eine vieltausendköpfige Menge auf dem Königsplatz eingefunden, wo die Kundgebung durch Militärkonzert und eine kurze, kernige Ansprache des Herrn Dr. Pfeiffer ihre Fortsetzung und Ende fand.

Zwischendurch empfing der Reichspräsident Ebert eine Abordnung der Ausschüsse, darunter auch unseren 1. Vorsitzenden Herrn Bankier Fraenger, nahm den Bericht über den Verlauf der Veranstaltung entgegen und betonte in seiner Erwiderung, daß dieser Tag, aus freier Entschlieung der Berliner Bevölkerung hervorgegangen, und gesteigert durch die weiteren Kundgebungen im ganzen Reich, unserer bedrückten Bevölkerung im besetzten Gebiet zeigen werde, daß das ganze deutsche Volk sich in Treue und Dankbarkeit mit den um Freiheit und Menschenrechte kämpfenden Brüdern und Schwestern verbunden fühlt. Von selten der Reichsregierung werde alles geschehen, um unseren Volksgenossen Freiheit, Kultur und Frieden wiederzubringen.

Damit war der erste offizielle Pfalztag offiziell zu Ende, und wenn ich sage, der erste offizielle, so ist damit gleich angedeutet, daß diesem ersten noch ein zweiter folgen muß und wenn es not tut, noch weitere. Es heißt auf der Hut sein, wie ich in meinem letzten Artikel schon angedeutet habe. Auf der Hut sein gegen das, was draußen und gegen das, was drinnen vor geht. Draußen in Frankreich, wo mit dem Gesicht Europas Fangball gespielt wird und drinnen bei uns, wo bei der Besprechung des Pfaltages im Reichstag am Mittwoch und Donnerstag die pfälzischen Vertreter, ein Hofmann-Ludwigs-hafen, ein Dr. Höfle, ein Dr. Helfferich kaum Gehör fanden, wo der Vorsitzende mehrmals vergebens darum ersuchen mußte, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, den Rednern Aufmerksamkeit zu schenken. Wo es erst am zweiten Tag dem Reichs-Außenminister Dr. Stresemann durch sein energisches und überraschendes Eingreifen gelingt, die Auserwählten des Volkes aufzurütteln. Es wird Zeit, daß die Reichstag hinweggesetzt wird, denn draußen spielen ein Poincaré und sein Bluthund General de Kéroux Fangball mit uns, mit dem Reich, mit den Alliierten und mit der ganzen Welt. Die Pfalz frei von Separatisten? Ach nein, noch sitzen einige fest und kein Haar darf ihnen gekrümmt werden, sagt Frankreichs schuftigster Vertreter, derselbe, der höhnisch grinsend behauptet, er kümmerge sich nicht um die inneren Angelegenheiten der Pfalz. Wie sagt Reichsminister Dr. Höfle am 22. 2. 1924 im Reichstag? „Es hat den Anschein, als ob die Franzosen, nachdem sie ihr Ziel durch den Separatismus nicht erreicht haben, nach anderen Mitteln suchen, um zum Ziel zu gelangen. Sie tun alles, um das Bewusstsein zum Deutschtum zu unterdrücken, der Druck wird noch dadurch verstärkt, daß 140 000 Ausgewiesene nicht zurückkehren dürfen und über 1500 Gefangene noch immer nicht befreit sind. Es ist erwiesen, daß der Separatismus nur möglich war durch die französischen Bajonette. Ich halte es für notwendig, festzustellen, daß die verantwortlichen französischen Stellen aus allen diesen Dingen nichts gelernt zu haben scheinen.“

Nachtrauen muß ich noch mit einer gewissen Genugtuung, daß unser Verein diesmal die nötige Beachtung gefunden hat, denn er gehörte sowohl dem Arbeitsausschuß für das Reich, als auch dem Arbeitsausschuß für Berlin an und unser 1. Vorsitzender Herr Bankier Karl Fraenger ist Mitglied des Finanz-Ausschusses.

#### Und nun zum Pfalzabend.

Den Beschluß des Pfaltages bildete der Pfalzabend, der nur in aller Eile zusammengeläutet werden konnte und für den wir leider keinen geeignet großen Saal mehr aufstellen konnten.

Unser eigenes Vereinshaus war zuerst besetzt, wurde wieder frei, aber es war nichts mehr zu ändern und so mußten wir mit einem kleinen Sälchen des Spatenbräu vorlieb nehmen, das natürlich bald so überfüllt war, daß viele wieder umkehren, viele sich mit einem Stehsitz begnügen mußten und der bekannte Apfel nicht zur Erde fallen konnte. Aber es ging, und alle wurden für das standhafte Ausharren reichlich entschädigt, denn wir hatten illustre Mitglieder zu Gast und was wir da zu hören bekamen, das war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, das waren zarteste Intimitäten im engsten Familienkreis. Denn es sprachen nicht der Gesandte, nicht der Diplomat, nicht der Reichsminister, sondern die Mitglieder, die Landsleute, die Freunde Dr. Pfeiffer und Dr. Höfle. Sie sprachen als Mensch zum Menschen und man sah es ihnen an, daß sie sich wohl fühlten bei ihren Landsleuten. Dr. Pfeiffer kennt uns ja schon lange und hat uns auch schon mehrmals besucht, aber Dr. Höfle bekannte, daß er noch manches gutzumachen habe und für die Folge mal öfter von seinen Regierungssorgen bei uns auszuruhen gedenke und nicht nur, wenn es gilt, seinen Mitgliedsbeitrag zu berappen. Worüber natürlich schmunzelnd quittiert wurde. Es können also fürderhin alle Magen- und postalischen Beschwerden bis zur persönlichen Aussprache zurückgestellt werden und wir sind sicher, daß der Landsmann Höfle seinen Landsleuten Müller, Schneider, Schmidt und Schulze keinen Wunsch verlagen wird. Gerügt muß aber werden, daß der Pfälzer nicht nur schlecht singt, sondern auch sonst ganz unmusikatisch ist, und sich nicht nur an den Vereinsabenden am Klavier vorbeidrückt, sondern auch diesmal dem Instrument keine Töne zu entlocken verstand. Dafür aber gab es ein rheinisches Quartett und einen Kölschen Jung als Couplettsänger, sowie sehr gute Darbietungen einiger Mitglieder, worunter Rezitationen etc. von Herrn und Frau Schauspieler Janson, der Herren Hahn und Müller, sowie eines Knoddelbus's besonders gefielen und Anerkennung verdienen. Der schön verkaufene Abend wurde geleitet von unserem 1. Vorsitzenden, der sich für eine großzügige Rede präpariert hatte, sich aber, nachdem sich die zuerst genannten beiden Herren für den Abend angelagert hatten, auf ungefähr folgendes beschränken mußte:

Ein besonderes Ereignis führt uns heute zusammen. Im unbelegten Gebiet des Deutschen Reiches findet heute ein „Pfalztag“ statt, ein Gedentag für unsere schöne, leider bedrückte Heimat. Mit Freude hat es uns Pfälzer erfüllt, daß endlich das gesamte Deutsche Reich auf die Leiden unserer Brüder und Schwestern, auf die Bedrückungen, die sie in ihrem heldenhaften Abwehrkampf erleiden müssen, aufmerksam gemacht wird; denn gerade wir Pfälzer, die wir hier in Berlin leben, haben es immer mit Schmerz empfunden, daß nur von den Leiden von Rhein und Ruhr die Rede war. Von der Pfalz wurde nichts oder wenig erwähnt. Erst seit einigen Wochen finden wir ausführliche Berichte, finden wir Hinweise auf die Vorgänge in der Pfalz, finden wir Berichte über die Leiden unserer Landsleute, und es war höchste Zeit, daß die Bewohner des unbelegten Gebietes auf diesen schwer bedrückten Landesteil aufmerksam gemacht wurden.

Der heutige Tag wird nicht ohne Wirkung auf unsere Brüder und Schwestern in der Pfalz bleiben. Mit Freude wurde in der Pfalz die Absicht begrüßt, einen Pfalztag abzuhalten und der Tag wird dazu beitragen, den Mut unserer Brüder und Schwestern zu heben und ihnen das Rückgrat zu stärken. Sie sehen und fühlen, daß sie in ihrem schweren Kampf um ihr Deutschtum, um ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich nicht verlassen dastehen und daß das ganze deutsche Volk hinter ihnen steht und mit ihnen fühlt. Durch das Treiben der Separatisten sind viele unserer Brüder und Schwestern in der Pfalz bei ihrem Abwehrkampf an Hab und Gut geschädigt, viele haben ihre Gesundheit eingebüßt. Hier zu helfen und hier einzugreifen, das ist die Pflicht des gesamten deutschen Volkes. Diese Not zu lindern, ist eine Ehrensache des deutschen Volkes. Wir wollen hoffen, daß die Spenden am heutigen Tage reichlich geflossen sind, damit die herrschende Not so weit wie möglich gemildert werden kann.

Wir Pfälzer im unbelegten Deutschland müssen uns wieder und wieder fragen: „Wie können wir unseren Brüdern und Schwestern in der Pfalz helfen?“ Den Kampf mit den Separatistenbanden, den Kampf gegen französische Gewalt, gegen die französischen Unterdrücker müssen sie allein ausfechten. Und daß dieser Kampf gut ausgeht, darum ist uns nicht bange; denn unsere Landsleute in der Pfalz waren deutsch, sind deutsch und werden deutsch bleiben. Aber wir können ihnen den Kampf erleichtern, sie unterstützen dadurch, daß wir Aufklärungsarbeit leisten und daß wir ihre Meinung, die sie in der Pfalz nicht frei äußern dürfen, daß wir, denen das Reden nicht verboten ist, diese verbreiten und daß wir für unsere Heimat einstehen.

Wir stehen treu zu unserer Heimat! Es lebe unsere Heimat!

Es lebe die deutsche Pfalz!

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. O m m e r t, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Ver.“, Berlin S.W. 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag Berlin S.W. 11.